

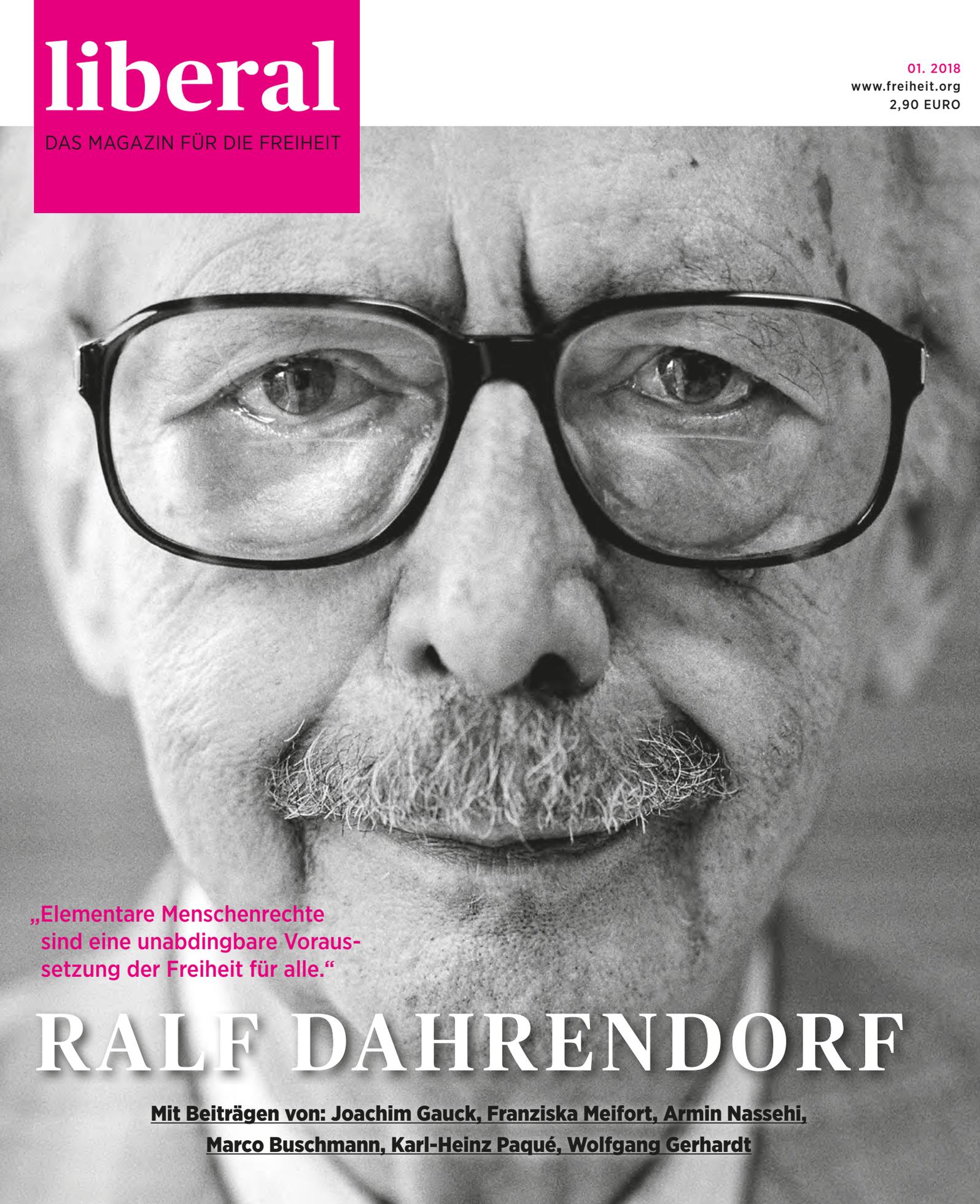
liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

01. 2018

www.freiheit.org

2,90 EURO

A black and white close-up portrait of Ralf Dahrendorf, an elderly man with a mustache and glasses, looking directly at the camera.

„Elementare Menschenrechte
sind eine unabdingbare Voraus-
setzung der Freiheit für alle.“

RALF DAHRENDORF

**Mit Beiträgen von: Joachim Gauck, Franziska Meifort, Armin Nassehi,
Marco Buschmann, Karl-Heinz Paqué, Wolfgang Gerhardt**



60 JAHRE

1958–2018

freiheit.org/60Jahre

Friedrich Naumann
STIFTUNG

FÜR DIE FREIHEIT

Über Grenzen

Schwerpunkt:
LEBENS-
CHANCEN

Vielleicht werden Sie beim Betrachten des Titelbildes von *liberal* bemerkt haben: Wir haben das wichtigste Sprachrohr der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit gestalterisch und inhaltlich modernisiert. Künftig erscheint *liberal* zudem vier Mal jährlich statt wie bisher sechs Mal. Das alles mit einem Ziel: den zentralen Debatten unserer Zeit einen attraktiven Rahmen zu bieten. Auch wenn das neue Cover in Schwarz-Weiß gehalten ist, fehlt es dem Magazin nicht an Farbtupfern – vor allem nicht an politischen. Dass leidenschaftliche Debatten die Grundlage des Liberalismus sind, verkörperte kein Zweiter so sehr wie Ralf Dahrendorf (1929-2009). Wer könnte also das neu gestaltete Cover besser prägen als dieser große Liberale – gleichzeitig ein Grenzgänger – der deutschen und europäischen Nachkriegsgeschichte? Tatsächlich hat Dahrendorf mit vielen seiner Werke wie niemand sonst wegweisende Impulse für die Liberalen gesetzt und sie, nicht nur damals, auf die Höhe der Zeit gebracht. Franziska Meifort hat kürzlich eine bedeutsame und höchst lesenswerte Biografie über diese liberale Persönlichkeit, die Zeit ihres Lebens „über Grenzen“ ging (gleichzeitig der Titel von Dahrendorfs eigenen Lebenserinnerungen) veröffentlicht. Ein ausführliches Interview mit ihr finden Sie in dieser Ausgabe. Außerdem würdigen und interpretieren Ex-Bundespräsident Joachim Gauck und Marco Buschmann, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Dahrendorfs Leben, Werk und Wirken.

Wolfgang Gerhardt hatte vor längerer Zeit eine Ausarbeitung Dahrendorfs aus dem Jahr 1988 entdeckt, den dieser für den „Liberal International Congress“ in Pisa verfasst hatte. Gerhardt ließ den Text, der in seiner Aktualität und Präzision erstaunt, erneut drucken und weltweit versenden. Eines der Hauptthemen von Dahrendorf war Zeit seines Lebens die Bildung. Das Wahrnehmen von „Lebenschancen“ war für ihn der Schlüssel zum Verständnis sozialer Prozesse. Darauf stellt Karl-Heinz Paqué in seinem Beitrag zu ihm in dieser Ausgabe ab.

Ralf Dahrendorf hat uns auch heute, fast eine Dekade nach seinem Tod, noch sehr viel zu sagen. Liberale kommen an ihm nicht vorbei, wenn sie einen dauerhaften und erkennbaren Beitrag für eine freiheitliche Gesellschaft liefern wollen. Dieser muss weit über ein parteipolitisches Programm hinausgehen. Denn Liberalismus ist immer mehr als das: Er wird getragen von Charakter und Haltung und dokumentiert sich nicht nur in programmatischen Spiegelstrichen, die meistens in fensterlosen Räumen erarbeitet werden.



KIRSTIN HÄRTIG,
CHEFREDAKTEURIN



SCHWERPUNKT

LEBENS- CHANCEN

Gute Fotos erzählen eine Geschichte. Das trifft auf das Bild zu, das Ralf Dahrendorf vor fast genau 50 Jahren zeigt, wie er auf einem Autodach sitzt und mit Studentenführer Rudi Dutschke diskutiert. Dahrendorf war nicht nur mutig genug, vor die Menge zu treten. Er war auch rhetorisch brillant und ein exzellenter Denker, so dass er den Diskurs nicht fürchten musste. Im Gegenteil: Er suchte die Debatte mit allen und jedem, um für Freiheit, Gerechtigkeit und den Wert von Bildung zu werben. Seine Gedanken und Ideen, das zeigen viele seiner Texte, sind heute aktueller denn je. *liberal* widmet diese Ausgabe dem Anwalt des Liberalismus, seinem Leben und Wirken und seinem Verständnis von Freiheit.

ab Seite **8**

- 10** MANN DER PRAXIS
Freiheit war für Ralf Dahrendorf kein Forschungsthema im Elfenbeinturm, sondern ein Wert, von dem er zutiefst überzeugt war.
Von Wolfgang Gerhardt
- 14** SEINER ZEIT VORAUS
Die politische Dimension von Globalisierung und Bildung hat Dahrendorf vor allen anderen erkannt.
Von Joachim Gauck
- 16** MANN DER IDEALE
Das Jahr 1968 hat eine Phase des Umbruchs eingeleitet. Wie sich der Anwalt der Freiheit an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft beteiligt hat.
Interview mit Franziska Meifort
- 22** FOTOSTRECKE
Das Leben des großen Liberalen in Bildern.
- 26** GEGEN DEN EINHEITSBREI
Deutschland braucht Aufbruch und nicht Große Koalition - das wusste bereits Dahrendorf.
Von Marco Buschmann
- 30** CHANCEN NUTZEN
Fortschritt, Hoffnung und Ungleichheit - Dahrendorfs liberales Konzept hilft die Kräfte daraus zu mobilisieren.
Von Karl-Heinz Paqué
- 32** VIELFALT STATT NORM
Der Liberalismus bekommt Rückenwind im Wettbewerb der politischen Ideen.
Von Armin Nassehi
- 38** FIT FÜR MODERNE ZEITEN
Bildung ist Bürgerrecht - durch die voranschreitende Digitalisierung ist das notwendiger denn je.
Von Wolf-Dieter Hasenclever

3 Editorial // **6** Kurz notiert //
56 Wolfgang Gerhardt // **58** Bücher

42 POLITIK: AUF DEM HOLZWEG

In diesem Jahr ist der 200. Geburtstag von Karl Marx. Zehn Thesen, warum das sozialistische Idol mit seinen Ideen falsch lag.

Von Karl-Heinz Paqué

44 POLITIK: VERLOGENES SPIEL

Verwalten statt erneuern, zögern statt zupacken - diese Taktik wollten die Liberalen in den Sondierungsgesprächen nicht mehr mitmachen.

Von Wolfgang Kubicki

48 GESELLSCHAFT: JA ZUM SEX

Die #MeToo-Debatte droht sich zu verselbstständigen. Prominente Frauen warnen vor Puritanismus und einem Ende der sexuellen Freiheit.

Von Peter Hein

52 GESELLSCHAFT: FREIHEIT DER KUNST

Das Gedicht wird übermalt - das ist das Ergebnis im Streit um ein Gedicht des Schriftstellers Eugen Gomringer auf der Fassade der Alice Salomon Hochschule. An einer anderen Stelle taucht es dafür wieder auf.

53 WIRTSCHAFT: ALLES VERBOTEN

Die australische Regierung schreibt Unternehmen und Bürgern immer mehr vor, wie sie zu arbeiten oder sich zu verhalten haben. Dagegen formiert sich zunehmend stärkerer Widerstand.

Von Thomas Luther



Seite 16

„Demokratie und Freiheit waren Dahrendorfs Lebensthema.“

DAHRENDORF-BIOGRAFIE
FRANZISKA MEIFORT

44



48



53



Bilder, Videos oder Texte als Audiodatei – den Lesern der App-Version von *liberal* steht zusätzlich multimediales Material zur Verfügung. Achten Sie auf das Symbol am Ende des Artikels, das diesen zusätzlichen Inhalt anzeigt. Die App in einer iPad- und Android-Version steht im iTunes Store und im Google Play Store kostenlos für Sie zum Download bereit.

liberal • Das Magazin für die Freiheit

Begründet von Karl-Hermann Flach und Hans Wolfgang Rubin

Herausgegeben von Dr. Wolfgang Gerhardt, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Prof. Dr. Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Dr. Wolf-Dieter Zumpfort

Beirat: Dr. Bernd Klaus Buchholz, Karl-Ulrich Kuhlo, Helmut Markwort

Chefredaktion: Kirstin Härtig

Redaktion: Boris Eichler, Thomas Volkmann, Annett Witte
Adresse: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Reinhardtstraße 12, 10117 Berlin, Telefon 030/22 01 26 34, Fax 030/28 87 78 49
redaktion@libmag.de, www.libmag.de
Gesamtherstellung: planet c GmbH Postfach 10 11 02, 40002 Düsseldorf Tel.: 0211/542 27-700, www.planetc.co

Verlagsgeschäftsführung: Andrea Wasmuth (Vorsitzende), Thorsten Giersch, Holger Löwe

Redaktionsleitung: Florian Flicke

Gestaltung: Ernst Merheim, Andrea Goerke (Grafik), Achim Meissner (Bildredaktion),

Projektleitung: David Schattke

Anzeigen: Tatjana Moos (Leitung), Georgios Giavanoglou (Media Marketing), 0211/542 27-671, media@planetc.co

Litho: TiMe GmbH

Druck: Evers-Druck GmbH, 25704 Meldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung von Herausgeber und Redaktion wieder.

Bezugsbedingungen: Abonnement bis auf Widerruf kostenfrei; Preis des Einzelheftes 2,90 Euro (Inlandspreis, zzgl. 2,50 Euro Porto und Verpackung). Näheres über abo@libmag.de

liberal im kostenlosen Abonnement: mehr auf Seite 59

Herzlichen Glückwunsch zu Ihrer Steuerreform



Alles nur gestellt: SAP-Chef Bill McDermott (links) schüttelt Donald Trump demonstrativ die Hand beim Abendessen in Davos. Siemens-Vorstandsvorsitzender Joe Kaeser und Kirstjen Nielsen, US-Ministerin für Innere Sicherheit, schauen freundlich zu.

Während die Macher der Kunstszene selbstbewusst mit den Allüren von Donald Trump umzugehen wissen (siehe rechts), haben sich Deutschlands mächtigste Manager auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos wie dressierte Raubkätzchen von ihm vorführen lassen. Bei einem Abendessen

beglückwünschten sie ihn und dankten ihm für seine wirtschaftlichen Initiativen und Impulse - was dem machtbesessenen US-Präsidenten ausweislich des Fotos gut gefallen hat. Wieder zu Hause, hat er Strafzölle auf - vorwiegend aus Europa importierte - Stahl- und Aluminiumprodukte verhängt.

Selbstständige sorgen besser vor, als von GroKo gedacht

Eine im Februar veröffentlichte Studie des Meinungsforschungsinstituts Allensbach und des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) räumt mit dem Klischee auf, dass vor allem in der IT-Industrie tätige Freiberufler aufgrund schlechter Bezahlung und wechselnder Auftragslage nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft finanziell für ihr Alter vorzusorgen. Der Untersuchung zufolge, bei der 100.000 Solo-Selbstständige aus der IT-Branche zu ihrer Einkommenssituation und Altersabsicherung befragt wurden, sichern sich 97 Prozent der Teilnehmer - also fast alle - auf die eine oder andere Weise für ihr Alter ab. „Das zeigt, dass sich Selbstständige bewusst sind, wie wichtig Altersvorsorge ist, und sich um das Thema verantwortungsvoll kümmern“, kommentiert Karl Brenke, Arbeitsmarktexperte des DIW, das Ergebnis. Pläne der neuen Bundesregierung sehen vor, eine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige einzuführen. Kritiker des Vorhabens monieren die vorgeschobene Fürsorgepflicht des Staates. Tatsächlich gehe es darum, mit dem Vorhaben nur mehr Geld in das Rentensystem zu bekommen, das unter dem demografischen Wandel ächzt. Die Betroffenen erwerben im Gegenzug einen Leistungsanspruch, der für sich genommen am Ende häufig die Mindestrente kaum übersteigt.

Vorstandswechsel bei der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit

Karl-Heinz Paqué übernimmt im September den Vorsitz vom langjährigen Amtsinhaber Wolfgang Gerhardt.

Das Kuratorium der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit hat in seiner Sitzung am 9. März 2018 einen neuen Vorstand gewählt. Neuer Vorsitzender wird Karl-Heinz Paqué, Dekan der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften an der Universität in Magdeburg und ehemaliger Finanzminister von Sachsen-Anhalt. Er übernimmt Ende September das Amt von Wolfgang Gerhardt, Staatsminister a. D., der es seit 2006 innehatte und nicht mehr angetreten war. Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Bundesjustizministerin a. D., ist zur Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt worden. Neu in den Vorstand gewählt wurden außerdem die Volkswirtin Bettina Stark-Watzinger (MdB) sowie der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt Michael Georg Link (MdB).



Der neue Vorstand: Bettina Stark-Watzinger, Michael Georg Link, Karl-Heinz Paqué, Manfred Richter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger und Hauptgeschäftsführer Steffen Saebisch (v.l.n.r.)

Fotos: AP Photo/dpa, FDP-Bildschön Potsdam



Ein goldenes Klo namens „America“

Cattelan statt van Gogh! Auf eine charmante wie ebenso ironische Art und Weise hat das New Yorker Guggenheim-Museum US-Präsident Donald Trump abblitzen lassen. Nach Recherche der *Washington Post* war die Verantwortliche für die Einrichtung des Weißen Hauses auf das Museum zugegangen mit dem Wunsch, für einen Raum des Regierungssitzes das Gemälde „Landschaft im Schnee“ von Vincent van Gogh auszuleihen. Das Museum lehnte ab und bot Trump stattdessen ein voll funktionsfähiges Klo aus 18-karätigem Gold an (Bild oben). Die „America“ betitelte Arbeit des italienischen Künstlers Maurizio Cattelan war ab September 2016 rund ein Jahr zu sehen und für Besucher auch tatsächlich benutzbar. Das Gemälde von 1888 gehe nur in „seltenen Ausnahmen“ auf Reisen, zitierte die *Washington Post* aus der Antwort von Guggenheim-Kuratorin Nancy Spector an die Trump-Regierung. Das goldene Klo sei aber verfügbar. Mit „America“ spielt Künstler Cattelan auf die Überflussesgesellschaft und Luxusgüter einer kleinen Gruppe von Wohlhabenden an.

„Für mich ist die
GroKo so attraktiv
wie Fußpilz.“

Ralf Stegner,
SPD-Vize

TERMINVORSCHAU

Berlin, Allianz Forum am Pariser Platz
25.04.2018, 18–20 Uhr

Berliner Rede zur Freiheit am Brandenburger Tor, in diesem Jahr gehalten von Timothy Garton Ash

Die Rede zur Freiheit ist eine der großen Traditionsveranstaltungen des politischen Berlins. Im Fokus stehen Themen, die Liberale bewegen: Menschen- und Bürgerrechte, der digitale Wandel, aber auch internationale Konflikte und Herausforderungen. Zu den Rednern gehörten unter anderem der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck, der polnische Oppositionspolitiker Ryszard Petru und die russische Journalistin Zhanna Nemtsova. Die zwölfte Auflage der Rede zur Freiheit wird vom bedeutenden britischen Historiker Timothy Garton Ash gehalten. Für seine Arbeiten über die europäische Einigung wurde er mehrfach ausgezeichnet, unter anderem mit dem renommierten Karlspreis.

Baltic Hotel Zinnowitz • 12.04.2018, 19.30–22 Uhr

Das Glück der Heimat in heimatloser Zeit – Lesung und Gespräch mit Thea Dorn bei den Usedomer Literatur- tagen 2018

„Wage es, glücklich zu sein!“ – im Jubiläumsjahr begibt sich Usedom traditionsreiches Literaturhighlight auf Glückssuche. Dorn, seit März 2017 festes Mitglied des „Literarischen Quartetts“ und Autorin preisgekrönter Romane, stellt ihr neues Sachbuch „Deutsch, nicht dumpf“ vor.

Frankfurt a.M., Literaturhaus Frankfurt •
07.05.2018, 19.30 –21.30 Uhr

Gelebtes Leben: Denker der Freiheit im Porträt. Ludwig Erhard vorgestellt von Rainer Hank. Im Anschluss Diskussion mit Christian Lindner und Ursula Weidenfeld

Die Wirtschaftshistorikerin Ursula Weidenfeld, Christian Lindner, Bundesvorsitzender der Freien Demokraten, und Rainer Hank, Leiter der Wirtschafts- und Finanzredaktion der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, setzen sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Menschen, Denker und Politiker Ludwig Erhard und seinen Ideen auseinander.

Schloss Ettersburg • 23.05.2018, 17.30–20.30 Uhr

„1968 und die Neue Rechte“ – Jan Fleischhauer im Gespräch mit Peter Krause

Der renommierte *Spiegel*-Journalist und Autor Jan Fleischhauer vertritt die These, wonach „1968“ auch für das rechte Lager ein entscheidendes Jahr war, das bis heute nachwirkt. Er beschreibt den ideologischen Kern der heutigen Akteure.

Freiburg Konzerthaus • 17.06.2018, 11.00–14.00 Uhr

5. Lord Dahrendorf Lecture: Vortrag und Podiumsdiskussion, u. a. mit Armin Nassehi, Wolfgang Gerhardt, Helmut Haussmann, Marco Buschmann

Vor 50 Jahren erreichte die Auseinandersetzung der 68er mit den älteren Generationen ihren Höhepunkt. Lord Ralf Dahrendorf war damals einer der wenigen Politiker, die den direkten Kontakt mit den Kritikern nicht scheuten. Ein Andenken an sein Wirken.

Weitere Hinweise zu den genannten und zusätzlichen Veranstaltungen, aktuelle Berichte und Publikationen mit liberalen Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen finden Sie auf www.shop.freiheit.org

Schwerpunkt

EIN BILD

ALS LIBERALES

MANIFEST

Der wortgewaltige Studentenführer Rudi Dutschke. Er schweigt. Fast ehrfurchtsvoll lauscht der „rote Rudi“ den Ausführungen seines Diskussionspartners Ralf Dahrendorf, der mit Mikrophon in der Hand neben ihm auf dem Autodach sitzt. Die Mikrofone der Journalisten sind auf die beiden gerichtet, die Menge junger Menschen um sie herum verfolgt aufmerksam das Gespräch. Das Bild vom 29. Januar 1968 hat historische Ausmaße – und ist heute aktueller denn je. In der Zeit damals wurde einerseits mehr geschrien, gepöbelt und verunglimpft als heute. Andererseits zeigt das Foto auch: Es wurde in dieser Zeit aufmerksam und kraftvoll debattiert – und man hörte sich gegenseitig zu.

Die historische Szene spielte sich am Rande des Bundesparteitags der FDP vor der Stadthalle in Freiburg ab. Drinnen tagten die Delegierten, draußen demonstrierte die rebellische, studentische Jugend. Womit wohl selbst die Demonstranten nicht gerechnet hatten, war die Offenheit der Liberalen in Person Ralf Dahrendorfs, dem blitzgescheiterten Wissenschaftler, Politiker, späteren EG-Kommissar, Hochschullehrer und künftigen Lord. Er wich nicht aus, sondern stellte sich den berechtigten Sorgen und Fragen der Studenten. Für Dahrendorfs Biografin Franziska Meifort kondensierte sich in der Szene „ein geradezu ikonisches Bild von Ralf Dahrendorf: der eloquente Diskutant, der die protestierenden Studenten ernst nahm und dem diese zuhörten“.

Insofern ist das Bild auch Verantwortung und Verpflichtung für alle künftigen Generationen deutscher und europäischer Liberaler. Nichts ist stärker, fortschrittlicher und existenzsichernder für die Freiheit als der Diskurs und der Wettstreit um die bessere Idee. Gut ein halbes Jahrhundert nach der Diskussion auf dem Autodach in Freiburg haben wir kluge Köpfe aus Politik und Gesellschaft um ihre Interpretation von Dahrendorfs Wirken und Werk für die aktuelle Zeit gebeten. Das Fazit: Viele seiner Gedanken haben auch heute nichts von ihrer Brillanz und Strahlkraft eingebüßt. Und die Leidenschaft, mit der Dahrendorf für die Freiheit stritt, ist unnachahmlich. In seinem Geist gilt es, autoritären Kräften, die sich heute wieder breitmachen, entgegenzuwirken.

Foto: dpa - Bildarchiv



Foto: Stockphoto





GROSSER GEIST IN EINER BEWEGTEN ZEIT

Ralf Dahrendorf gab sich nicht mit den Be-
glückungsprogrammen der Soziologie zu-
frieden. Er suchte Antworten auf die großen
Fragen von Freiheit und Gesellschaft - und
wurde so zum Anwalt des Liberalismus.

Als in den 60er-Jahren die Bundesrepublik Deutschland von gesellschaftlichen Ermüdungserscheinungen heimgesucht wurde, machte sich ein junger Mann auf, um einige Impulse zu setzen. Er hatte sich schon vorher in seiner Wissenschaftslandschaft einen Namen gemacht. Jürgen Habermas schrieb in einem Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zu Ralf Dahrendorfs 80. Geburtstag, er sei einem Menschen begegnet, der weiter gewesen sei als alle anderen, der auch schon viel mehr gelesen habe als er selbst und der wusste, dass er brillant war.

Soziologie in einer Aufbruchstimmung

Seine Wissenschaft, die Soziologie, verstand Dahrendorf als Zugang zur Realität für eine ganze Generation. Die meisten fingen mit empirischen Studien an. Der Wissenschaftszweig befand sich in Aufbruchstimmung, sagte er damals in einem Interview. Erst später wurde Soziologie zu einer Art Modestudium. Dabei nahmen einige das Studium auf, die glaubten, sie hätten eine Art von Gewissheit und sie seien in die Geheimnisse der Geschichte eingeweiht. Sie verpackten ihre Erkenntnisse, oder das, was sie dafür hielten, in eine Sprache, die sich der Verständlichkeit entzog. Ein Herrschaftsinstrument, das man gern bei anderen kritisch feststellte, benutzte sie selbst ohne Scheu, wenn nicht sogar mit Absicht.

Das war die Sache von Ralf Dahrendorf nicht. Und er machte sich dazu auch deutlich und aufklärerisch bemerkbar: Wo Neues versucht wurde, erwies es sich als untauglich. Was tauglich war, brachte nicht viel Neues, sagte er kurz und knapp. Das war überhaupt sein Stil: kurz, knapp und bündig, aber nicht abweisend und herrisch, sondern einladend, sich auf seine Gedanken einzulassen. Eine Assistenzstelle am Frankfurter Institut für Sozialforschung, dem selbst ernannten Gralshüter des kritischen Geistes, kündigte er nach zwei Monaten. Ihn hatte die Mischung von Brutalität und Komplizenschaft abgestoßen, schrieb Thomas Schmid.

Selten hat jemand die totalitären Heimsuchungen des vergangenen Jahrhunderts so präzise beschrieben wie Ralf Dahrendorf. In Bindung und Führung beim Nationalsozialismus und in Bindung und Erlösung beim Kommunismus. Viele hätten das totalitäre Potenzial dieser Beglückungsangebote nicht erkannt, auch viele intellektuell Anspruchsvolle, sagte er. Jean Paul Sartre, der sich zu der Chruschtschow-Rede der Entstalinisierung vor dem Zentralkomitee der KPDSU negativ äußerte, fand, dass man die Arbeiterklasse mit solchen Erkenntnissen erst konfrontieren dürfe, wenn die Arbeiterklasse dafür reif sei. Was für eine Verblendung.

Die Apotheke der Theorien, die die Menschheit auf einen besseren Weg bringen sollte, ist von Joachim Hörisch vor einiger Zeit mit

Dahrendorf wusste, dass eine freie Gesellschaft anfällig ist, aber er sagt, es mache sie deshalb nicht falsch.

einem Beipackzettel versehen worden, in dem er auf Nebenwirkungen und Verfallsdaten von solchen Beglückungsprogrammen hinwies. Die Versuchung der Autoritäten ist noch am Leben. Sie hat nur ihre Gestalt verändert und neue Uniformen angezogen. Und wieder laufen viele hinterher.

Die Freiheit hat noch nicht gewonnen. Die Sehnsucht nach Gewissheit, so sagte Dahrendorf, in diesen gedanklichen Ansätzen ist selbst ein Symptom mangelnder Mündigkeit. Die Modernisierung der Gesellschaft, die Herauslösung der Menschen aus ihren nicht hinterfragten Bindungen und die Befreiung zur Möglichkeit, ihrer Rechte auch wahrzunehmen, war nach seiner Auffassung in Deutschland noch immer nur sehr unvollkommen verwirklicht. Dahrendorf wusste, dass eine freie Gesellschaft anfällig ist, aber er sagt, es mache sie deshalb nicht falsch.

Jede Chance hat zwei Seiten: die der objektiven Möglichkeit und die der subjektiven Möglichkeit, der Erlaubnis und der Fähigkeit. Dazu reicht nach Dahrendorf eine Verfassung nicht. Hier ist Politik nötig. Darum begründet das Prinzip des Bürgerrechts auf Bildung eine aktive Bildungspolitik. Sie gehört zu den Civil Rights. Sie ist ein Instrument, um Menschen die Teilhabe am Leben der Gesellschaft überhaupt erst zu ermöglichen. Mit der Bereitschaft zu einer Bildungspolitik, für die Verwirklichung des Rechts auf volle Teilnahme aller Bürger am Leben der Gesellschaft, so Dahrendorf, entscheidet sich für Deutschland mit dem Weg in die Modernität auch der in die Freiheit.

Freiheit ist nicht verhandelbar

Bürgerrechte sind notwendig gleiche Bürgerrechte. Doch sei das Plädoyer für eine aktive Bildungspolitik zur Sicherung der Bürgerrechte kein Plädoyer für soziale Gleichheit, sagte er eben auch. „Eine freie Gesellschaft ist immer auch eine Gesellschaft, die der Ungleichheit weiten Raum gibt, solange diese nicht den unentbehrlichen gemeinsamen Grundstatus aller Bürger verletzt. Wenn eine aktive Bildungspolitik in Deutschland zunächst eine gewisse Gleichheitsforderung mit sich bringt, dann nur dann, weil dieser gleiche Grundstatus noch nicht hinlänglich gesichert ist. Das darf aber entschieden nicht zu einer Politik führen, die die Gleichheit zuerst und die Freiheit später anzupacken beabsichtigt. Wer sich auf eine solche Reihenfolge einlässt, kommt mit einiger Sicherheit nie zur Freiheit.“

Eine Gesellschaft, die den Anspruch erhebt, eine freie Gesellschaft zu sein, wird auch bei der „Durchsetzung der Bürgerrechte der Fantasie sozialer Formen der Ungleichartigkeit der Wege und der Vielfalt menschlicher Qualitäten Rechnung tragen. Dass Eliteschulen und demokratische Institutionen sich nicht vertragen, ist eines jener fun- →

damentaldemokratischen Missverständnisse, denen man vorzugsweise in Ländern verfällt, in denen die Verfassung der Freiheit nur mühsam eine Heimat findet“, so Dahrendorf wörtlich.

Anwalt einer freiheitlichen Gesellschaft

Das genau ist es, was den Beitrag von Ralf Dahrendorf zu einer freiheitlichen Gesellschaft so prägnant macht. Er hat ein trefendes Urteil zu gesellschaftlichen Verhältnissen und beugt sich keiner vorherrschenden Mode der Bewertung. Wer sich eigene Gedanken machen will, der findet und fand bei Ralf Dahrendorf ein großes Angebot. Er war nicht zu übersehen und nicht zu übergehen. Die Charms of Liberty, die er in Geburtsstunden freiheitlicher Ordnung beschrieb, wollte er immer wachhalten. Freiheit, das war für ihn kein „cold project“, sondern ein Wert, von dem er zutiefst überzeugt war.

Sein Ansatz hat die Politik der liberalen Familie stark bewegt. Er habe ja in der Arbeitsgruppe für die Freiburger Thesen, so Dahrendorf, nicht intensiv mitgearbeitet. Aber ihr aktiver Wille zur politischen Gestaltung von Verhältnissen, die Menschen eine Teilhabe an der Freiheit ermöglichen, entspringt seinen Gedanken. Zusammen mit den Beiträgen von Werner Maihofer haben beide, zusammen auch mit Karl-Hermann Flach, einen bemerkenswerten und entschiedenen Beitrag zur modernen FDP geleistet.

Ralf Dahrendorf war Mitglied des britischen Oberhauses. Er ist von der Wissenschaft in die Politik gegangen und in gewisser Weise wieder zurück. Überhaupt ist das Grenzenüberschreiten ein wichtiges Stück seines Lebens geworden. So schildert er es auch selbst in einem Interview. Sein Weg ist gekennzeichnet durch sehr viele Wechsel. Journalist, Wissenschaftler und Politiker, so sagt er, sei er manchmal auch gleichzeitig gewesen.

Ralf Dahrendorf war ein überzeugter Europäer. Ein Grenzgänger mit Zuneigung zu Großbritannien. Er vertrat nicht die reine Lehre des Bundesstaates Europa. Und wir spüren heute, dass er dabei gar nicht so schief lag. Europa hat Souveränität gebündelt wie kein anderer Kontinent, um einen Rückfall in alte Konflikte zu vermeiden, aber die nationalstaatlichen Loyalitäten lassen sich nicht so einfach auf Europa übertragen. Die kritische Masse für eine wirkliche europäische Loyalität fehlt uns bis heute. Wir müssen mit einem langen Atem der Nationalstaaten rechnen.

Im Juli 1988 hat Ralf Dahrendorf einen Report für *Liberal International* geschrieben. Er benennt seinen Beitrag als zukünftige Aufgabe des Liberalismus. Eine politische Agenda. Neben vielen anderen Themen wendet er sich gegen eine Konfusion in der Sprache, sofern sie darauf hinausläuft, praktisch Bürgerrechte und soziale Positionen zueinander in Beziehung zu setzen und so zu argumentieren, als ob Armut und Arbeitslosigkeit genau so schlimm seien wie die Verwei-

Die Kultur der Freiheit braucht Menschen, die die Freiheit lieben, den Rechtschaffenden achten und ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft tragen.

gerung individueller Freiheit. So nach dem Motto: Ihr im Westen konntet zwar frei reisen, wir hatten dafür aber mehr soziale Sicherheit und pflegten Solidarität. „Es ist irreführend“, so sagt er, „beides durcheinanderzubringen. Es gibt keine Entschuldigung für die Verletzung von Bürgerrechten. Die liberale Forderung für elementare Menschenrechte ist unabdingbar und nicht verhandelbar und nicht austauschbar und nicht vergleichbar.“ Freiheit ist Dahrendorf zufolge keine Gnade, die Menschen sozusagen erlangen, wenn sie diese „verdient“ haben.

Die Aufgabe bleibt eben die Sicherung sozialer Möglichkeiten für alle. Unterschiede eingeschlossen. Es gibt eben Ungleichheiten

von sozialen und ökonomischen Positionen. Sie sind sogar offene Quellen von Innovationen und Fortschritt. Aber sie sind für ihn zu Recht nur akzeptabel, wenn überall voller Zugang zu ökonomischen, sozialen und politischen Chancen besteht.

Dahrendorf sprach keine Sprache traditioneller Sozialpolitik, er entwickelte eine innovative, soziale Dimension. In vielen Gesprächen hat er sich über seine wissenschaftlichen Kollegen und Kolleginnen gewundert, die in der Beharrung und Erschöpfung der Verteilung im staatlichen Budget gedanklich verblieben waren.

Wenn man sich in den vergangenen Jahren vergewissern wollte und einen Beistand für die Politik der Freiheit in der Geschichte der BRD suchte, und dabei den untrennbaren Zusammenhang zwischen Freiheit und Verantwortung, zwischen Entscheidung und Haftung des Sich-Klarwerdens über die Folgen des eigenen Tuns nicht aus den Augen verlieren wollte, dann stieß man geradewegs auf Ralf Dahrendorf. Und man traf auf verständliche Sätze in einer großen Anzahl von Publikationen und Reden, auf klare Kanten, aber deshalb nicht kurz angebunden, und auf Fassungen, die intellektuell anspruchsvoll und gleichzeitig verständlich und stilbildend wirkten und zu eigenen gedanklichen Anstrengungen zwangen.

Die Biografie, die Ralf Dahrendorf vor unserer aller Augen ausgebreitet hat, hat uns Reichhaltiges hinterlassen. Es lohnt, davon Gebrauch zu machen. Seine Impulse bleiben ein Kompass. Seine Persönlichkeit bleibt uns unvergessen. Die Kultur der Freiheit braucht Menschen, die die Freiheit lieben, den Rechtschaffenden achten und ihre Kultur mit dem eigenen Lebensentwurf in die Zukunft tragen. Sie seien die Citoyens freier Gesellschaften, so schrieb John Stuart Mill. Ein ganz bedeutender von ihnen war Ralf Dahrendorf. ●

WOLFGANG GERHARDT ist Ralf Dahrendorf seit Ende der 60er-Jahre mehrmals begegnet. Dahrendorf war für ihn, wie er selbst sagt, immer ein Kompass liberalen Denkens.

@ redaktion@libmag.de



Vita Ralf Dahrendorf

Privates

Ralf Dahrendorf wird am 1. Mai 1929 als Sohn des früheren SPD-Reichstagsabgeordneten Gustav Dahrendorf und seiner Frau Lina in Hamburg geboren. Fünf Jahre später kommt sein Bruder Frank zur Welt. Dahrendorf heiratet 1954 seine erste Frau, die Britin Vera Banister, mit der er drei Töchter hat (Nicola Beatrice *1959, Alexandra Maria *1964 und Daphne Julia *1970). 1980 lässt er sich scheiden und heiratet noch im gleichen Jahr Ellen Joan Krug. Die Ehe dauert bis 2003. Seine letzten Jahre bis zu seinem Tod am 17. Juni 2009 in Köln ist er mit der deutschen Ärztin Christiane Klebs verheiratet.

Ausbildung und akademische Karriere

Während seiner Schulzeit wird Dahrendorf 1944 für vier Wochen in einem Arbeitserziehungslager der Gestapo inhaftiert. Grund ist seine Mitgliedschaft in einer illegalen freiheitlichen Schülervereinigung. Nach dem Abitur in Hamburg (1947) nimmt er ein Studium der Philosophie und der klassischen Philologie an der Universität Hamburg auf. 1952 promoviert er zum Dr. phil. Thema der Dissertation: „Der Begriff des Gerechten im Denken von Karl Marx“. 1954 wird Dahrendorf wissenschaftlicher Assistent am Institut für Sozialforschung an der Universität in Frankfurt/Main bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno. Er wechselt 1954 an das Soziologische Institut der Universität Saarbrücken, ehe er 1956 zum Ph. D. an der London School of Economics and Political Science (LSE) promoviert. Bereits kurz vor seinem 29. Geburtstag habilitiert er an der Universität Saarbrücken und wird danach zum ordentlichen Professor für Soziologie in Hamburg und Tübingen berufen. 1964 übernimmt er den stellvertretenden Vorsitz des Gründungsausschusses der Uni-

versität Konstanz. Im selben Jahr wird er Vorsitzender des Beirats für Bildungsplanung beim Kultusministerium Baden-Württemberg, ein Jahr später Mitglied des Deutschen Bildungsrates.

Politisches Wirken

Dahrendorf tritt 1967 in die FDP ein. Nach seiner Rede auf dem Bundesparteitag der FDP in Freiburg im Jahr darauf und der Diskussion mit Studentenführer Rudi Dutschke wird er Mitglied des Bundesvorstandes der FDP (bis 1974). Von 1968 bis 1969 gehört er dem Landtag Baden-Württemberg an, wo er stellvertretender Fraktionsvorsitzender und kulturpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion ist. Im Herbst 1969 wird Dahrendorf in den Deutschen Bundestag gewählt. Die sozialliberale Koalitionsregierung beruft ihn zum Parlamentarischen Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Nur ein Jahr später wird er Mitglied der Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Vorläufer der heutigen EU-Kommission), und zunächst Kommissar für Außenhandel und äußere Beziehungen der EG, ab 1973 Kommissar für Bildung, Forschung und Wissenschaft.

1974 zieht sich Dahrendorf aus der aktiven Politik zurück und arbeitet bis 1984 als Direktor der LSE. Bis 1991 ist er mit Beurlaubungsphasen Professor für Soziologie an der Universität Konstanz. Von 1982 bis 1987 übernimmt er den Vorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. 1989 wird Dahrendorf von der britischen Königin Elisabeth II. die „Honour of Knighthood“ verliehen. Damit darf er den Titel „Sir“ führen. Ein Jahr zuvor hatte er die britische Staatsbürgerschaft angenommen. Seinen deutschen Pass behält Dahrendorf. 1993 wird er zum Lord ernannt und Mitglied des „House of Lords“ des britischen Parlaments auf Lebenszeit.



NEUE LEBENS- CHANCEN FÜR MILLIONEN

Ralf Dahrendorf analysierte die Globalisierung und ihre Folgen für die Weltpolitik, wie es seinerzeit kein anderer tat. Für den ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck hat der große Liberale damit eine geradezu prophetische Weitsicht bewiesen.

Wir spüren nicht nur im außen- und europapolitischen Kontext, dass sich die Welt, wie wir sie kannten, verändert hat, so zwar so sehr, dass wir uns nun fragen, ob die vertrauten Koordinatensysteme noch zur Orientierung in der Gegenwart taugen.

Der große Liberale Ralf Dahrendorf hat sich dieser Frage schon vor fast 20 Jahren gewidmet. Seine Antworten finden sich in einem geradezu prophetischen Text aus dem Jahr 1997, der die Globalisierung und ihre sozialen Folgen untersucht. Dahrendorf wagt einen enorm nüchternen Blick auf Kosten und Nutzen der Globalisierung und kommt schließlich, für mich überraschend, zu dem Schluss, dass ihre sozialen Neben- und Nachwirkungen zur „nächsten Herausforderung einer Politik der Freiheit“ werden. Er sieht einerseits neue Lebenschancen für Millionen Menschen. Er sieht die eine Welt als große Möglichkeit für viele. Aber er sieht mit dem wachsenden Wirtschaftsraum auch Räume entstehen, die sich jeder politischen Regelung entziehen, und prophezeit, die Globalisierung werde „eher autoritären als demokratischen Verfassungen Vorschub leisten“. Auch meint er, sie werde möglicherweise „Probleme schaffen, denen mit normalen demokratischen Methoden abzuhelfen schwierig“ sei.

Das ist eine erstaunliche Hellsichtigkeit. Im November 1997 beschreibt er die sich abzeichnenden Folgen der Globalisierung, als analysiere er unsere Weltlage im November 2016. Er prognostiziert einen neuen Regionalismus, der sich vor der Unübersichtlichkeit eines globalen Wirtschafts- und Lebensraums in immer engere Sphären flüchtet; eine Rückzugsbewegung, die ihr Heil im Rückgriff auf den Nationalstaat, die Region oder die Religionsgemeinschaft sucht. Und er erkennt in dieser restaurativen Gegenbewegung mehr als ein letztes Zucken der Vergangenheit. Ihr antimoderner Impuls, die Suche nach einem wiederhergestellten Ganzen, nach der gewaltsamen Aufhebung aller Widersprüche, so ahnt es Dahrendorf, werde sich möglicherweise ebenso erbarmungslos Bahn brechen wie die Globalisierung selbst. Die Gefahr, die er darin erkennt, ist, dass Rechtsstaat und Demokratie drohten, zwischen diesen entfesselten Elementen zerrieben zu werden.

Nebenbei bemerkt, können Sie aus der Beschäftigung mit diesem wie anderen Texten des einstigen Vorstandsvorsitzenden der Friedrich-Naumann-Stiftung erkennen: Wer sich an die analytische Weitsicht der großen Vertreter des Liberalismus hält, verringert die Gefahr, von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen überrascht zu werden.

Ich hätte mir gewünscht, ich hätte diesen Text eher gelesen, dann wäre mir das quasi natürliche Aufwachsen von restaurativen Gegenbewegungen, von einer Form des politischen Eskapismus, früher bewusst gewesen, und ich hätte mich innerlich besser darauf einstellen können. Vielleicht geht es dem einen oder anderen von Ihnen ähnlich.

Das Angebot neuer autoritärer Bewegungen, wie es sich an vielen Orten der Welt zeigt, ist für manche verlockend, weil diese Gruppierungen schnelle Lösungen für eine komplizierte Gegenwart versprechen. Und das ist für viele Menschen attraktiver, als einen mühsamen Interessenausgleich unter Demokraten zu erreichen, sie erkennen in diesen Teillösungen nur die Defizite und nie den poli-

tischen Fortschritt, den sie mit sich führen. Sie verlangen nach dem „großen“, einfachen Patentrezept, das nicht zur Verfügung steht. Innerhalb der demokratisch geführten Debatte dürfen wir den Konflikt nicht scheuen, der aus dieser Erwartung heraus entsteht, der beständig existiert zwischen denen, die denkend Politik machen, und denen, die fühlend an der Politik teilhaben. Diesen Konflikt müssen wir akzeptieren. Wir müssen - wie Dahrendorf - seine schöpferische Kraft erkennen. „Konflikte sind ein Lebenselement der Gesellschaft - wie Konflikte möglicherweise überhaupt ein Element des Lebens sind“, so Dahrendorf. Der Witz einer offenen Gesellschaft liege gerade darin, dass sie viele Wege erlaube, erklärt er und mahnt uns, auch die Globalisierung nicht als Einbahnstraße zu begreifen, sondern vielmehr als Herausforderung, neue Wege und neue Lösungen zu suchen und weiter daran zu arbeiten, für eine möglichst große Zahl von Menschen die größten Lebenschancen zu eröffnen.

Europa, die Europäische Union steht vor einem ganzen Bündel an Herausforderungen. Die größte wird sein, diesen Aufgabenkatalog als gemeinsame Verantwortung zu verstehen. Eine engere Zusammenarbeit und ein engerer Zusammenschluss der europäischen Staaten zielen dabei weder auf die Auslöschung nationaler Identitäten noch nationaler Kulturen. Auch die Europäische Union bietet Heimat und Raum für diese unterschiedlichen Kulturen, Erfahrungen und Traditionen.

Auch eine globalisierte Welt von Wirtschaft und Politik bleibt voller Vielfalt, wie Dahrendorf schreibt. Und zu dieser Vielfalt gehören die eigene Identität und die eigene Originalität.

Das müssen wir den Menschen erklären, und wir müssen versuchen, ihnen die Furcht vor der Freiheit, die Furcht vor einer offenen Gesellschaft und vor einer globalisierten Welt zu nehmen. Wenn wir die Vielfalt so erklären, dass sie nicht mit dem Raub von Beheimatung einhergeht, dann wird sie eben nicht nur erduldet werden, man wird sie dann sogar pflegen. Die gesellschaftliche Vielfalt wird Antworten finden auf die Herausforderungen dieser Zeit. Wir brauchen die Fülle an Erfahrungen, um in einer komplizierten Gegenwart neue Wege zu suchen. Und ich wiederhole es: Diese neuen Wege müssen uns nicht trennen von dem, was uns vertraut ist, von unserer nationalen Prägung, unserer Eigenheit und Kultur.

Es ist gerade das Wissen um die eigene kulturelle Identität, das uns die Erweiterung des Horizonts als Bereicherung erfahren lässt. Dort, wo es dieses Selbstbewusstsein nicht gibt, dort wird Vielfalt als Bedrohung empfunden. Dieses Wissen und dieses Lebensgefühl zu vermitteln, das wird der Kern unserer gemeinsamen politischen Aufgabe sein. Und wenn wir ein wenig genauer hinschauen, sprechen wir gerade über nichts weniger als über das Wesen des Liberalismus.

Ich danke der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit für ihr Wirken für die Freiheit. ●

Aus der Rede von Joachim Gauck auf der Europäische Zukunftskonferenz der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit am 8. Dezember 2016

Und wenn wir ein wenig genauer hinschauen, sprechen wir gerade über nichts weniger als über das Wesen des Liberalismus.

„ER HAT IMMER WIEDER GRENZEN ÜBERSCHRITTEN“

Die Historikerin Franziska Meifort spricht darüber, was der Politik-Quereinsteiger Ralf Dahrendorf für die Debattenkultur in Deutschland und die Bildungspolitik in den 1970er-Jahren geleistet hat und wie Wissenschaft und Politik wieder zueinanderfinden.

Haben Sie Ralf Dahrendorf persönlich kennengelernt?

Franziska Meifort: Das habe ich leider nicht. Als ich mich entschied, über Dahrendorf zu promovieren, war er gerade verstorben. Aber ich habe einen doch sehr intensiven und persönlichen Eindruck von ihm bekommen, weil ich seinen Nachlass für das Bundesarchiv erschlossen habe. Das heißt, ich war sozusagen über das Papier nah an ihm dran. Aber ich habe auch mit vielen Zeitzeugen gesprochen.

Wie kam es dazu, dass Sie sich so intensiv mit seiner Person beschäftigt haben?

Was ich an ihm so faszinierend fand und auch bis heute finde, ist, dass er jemand war, der einen unbedingten Willen hatte, sich an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen und an der Demokratie mitzuwirken. Sein Verständnis war, dass Demokratie über Debatte läuft. Er war ein brillanter Denker, aber er war auch jemand, der ganz unvoreingenommen mit jedem debattiert hat, ob nun mit Studenten oder mit, ja, einfachen Menschen aus dem Volk. Er hat immer sein Gegenüber ernst genommen - auch wenn dieses anderer Meinung war. Das ist etwas, was wir brauchen in der Demokratie.

Wenn wir jetzt den fiktiven Fall unterstellen, dass diese Tür aufgeht und er eintritt: Was würden Sie ihn gern fragen?

Ich denke, wie er die aktuelle politische Lage beurteilt, in der der Populismus erstarkt. Er war zudem ein großer Bewunderer der US-Demokratie. Daher stellt sich die Frage: Was würde er zu einem Donald Trump im Weißen Haus sagen? Und dann natürlich die großen Themen: Brexit und auch die Europa-Skepsis, die wir erleben.

Ich komme zurück auf die Persönlichkeit, die Sie erforscht haben. Was macht für Sie die Person Dahrendorf und seine Faszination hauptsächlich aus?

Dahrendorfs Ziel war es, gesellschaftlich etwas zu bewegen. Dazu hat er sich die passenden Wege gesucht. Als Soziologie-Professor war er sehr bekannt und hatte sich einen Ruf als Konflikttheoretiker erarbeitet. Er hat dann parallel dazu angefangen, mehrere Politiker zu beraten wie etwa Kurt Georg Kiesinger in Baden-Württemberg, der damals Ministerpräsident war. Und irgendwann hat er entschieden: Jetzt gehe ich selbst in die Politik. Er ist 1967 in die FDP eingetreten und hat dort sehr schnell eine steile Karriere hingelegt. Er ist sozusagen von einer Position in die andere gesprungen, um herauszufinden: Wo kann ich mir Gehör verschaffen? Natürlich spielt auch Macht eine Rolle. Er war nicht unaffin Macht gegenüber. Aber es ging ihm nicht so sehr um Positionen, sondern doch wesentlich darum, Einfluss auszuüben und seine Ideen einzubringen.

Es ging ihm also immer um die Sache?

Richtig. Er machte das alles im Einsatz für Demokratie und Freiheit. Das war sein Lebensthema, was auch biografisch begründet war. Die Erfahrung der Inhaftierung in einem Gestapolager und überhaupt die Zeit des Nationalsozialismus spielten eine ganz wichtige Rolle dabei. Er hat später immer gesagt: Diese Erfahrung der Unfreiheit im Lager war es, die bei mir so einen unbedingten Drang zur Freiheit ausgelöst hat. Selbstverständlich war er auch kühler Stratege. Aber vor allem wegen der Ideen, die ihn antrieben. Er fragte sich: Was sind spannende Themen und Betätigungsfelder? →



Franziska Meifort ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Geschichte der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg. Für ihre Dissertation, eine Biografie über Ralf Dahrendorf – übrigens die erste überhaupt – an der Freien Universität Berlin, erhielt sie 2016 den Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnispreis.



Öffentlichkeit immer wieder überschritten hat. In meinen Augen ist seine Paraderolle die des öffentlichen Intellektuellen.

Jürgen Habermas beschrieb Dahrendorf als Menschen, der wusste, dass er brillant war. Zudem wurde ihm häufig ein charismatisches, Gentleman-haftes Auftreten zugeschrieben ...

Ich glaube nicht, dass es sein bewusstes Auftreten war in dem Sinne, dass er eine Rolle eingeübt hatte. Dahrendorf war geprägt durch längere Aufenthalte in Großbritannien und in den USA. Aus dieser Zeit hatte er einen gewissen Habitus übernommen. Er war zudem sicherlich sehr charismatisch. Einerseits war er verbindlich und im Gespräch sehr zugewandt, andererseits war er distanziert und hat wirklich nur wenige Personen eng an sich herangelassen. Aber das war einfach auch sein Charakter. Ich denke, was viele beeindruckt hat, war seine intellektuelle Brillanz und die Analysefähigkeit, die er hatte.

Wir erleben heutzutage immer wieder eine Lücke zwischen Wissenschaft und Politik. Denken Sie, dass im britischen beziehungsweise Dahrendorf'schen Sinne Wissenschaft wieder an die Politik heranrücken sollte, um die aktuellen Probleme zu lösen? Das wäre wünschenswert. Historisch betrachtet sehen wir in den 1960er-Jahren, dass es in der Bundesrepublik, aber auch in Europa eine Planungseuphorie gab, also die Überzeugung, wir brauchen die Wissenschaft und insbesondere die Sozialwissenschaften, um Gesellschaftsgestaltung planbar zu machen und auch politisch steuerbar zu machen. Dem folgte dann aber in den 1970er-Jahren nach dem Ölschock und dem Wirtschaftseinbruch eine große Ernüchte-

Sich einzulassen, zugewandt zu sein – das besagt auch das berühmte Foto, wo Dutschke und Dahrendorf auf dem Autodach diskutieren. Er debattierte mit sogenannten politischen Gegnern. Wie würden Sie die Szene heute interpretieren, also im Jubiläumsjahr der 68er?

Es war sicherlich eine Sternstunde von Dahrendorf als Intellektueller, aber auch als Politiker. Der Hintergrund ist, dass bereits eine Diskussion geplant war von den Jungdemokraten um Gerhart Baum. Zu der war Dutschke eingeladen worden, neben anderen wie Dahrendorf. Diese Diskussionsrunde wurde jedoch vom Parteivorstand kurzfristig abgesagt. Dann erschien Dutschke aber trotzdem drau-

Die Erfahrung der Unfreiheit im Lager hat bei ihm einen unbedingten Drang zur Freiheit ausgelöst.

zung. Auf die aktuelle Zeit gesehen ist mein Eindruck, dass die Beratung der Politik durch die Wissenschaft im Vergleich zu den 1990er- und 2000er-Jahren eher eingeschlafen ist. Als Wissenschaftlerin bin ich natürlich überzeugt davon, dass die Politik viel mehr auf die Wissenschaft hören sollte. Zugleich sollte Wissenschaft nicht nur im Elfenbeinturm, sondern immer mit Blick auf die Gesellschaft betrieben werden. Das finde ich ganz wichtig.

Was denken Sie, wie wird uns Dahrendorf eher in Erinnerung bleiben: als Wissenschaftler oder als Politiker?

Er war jemand, der die Grenzen zwischen Wissenschaft, Politik und

ßen vor der Stadthalle, und ungefähr 2.000 Studenten hatten sich dort versammelt. Und da hat Dahrendorf gesagt: Ich gehe da jetzt trotzdem raus. Übrigens sind auch Hildegard Hamm-Brücher und Hermann Oxfort mit dabei gewesen, das will ich nicht unterschlagen. Aber viele andere hätten sich eine solche Diskussion mit dem rhetorisch sehr versierten Dutschke vor seinen eigenen Anhängern gar nicht zugetraut. Dahrendorf hatte aber den Mut, weil er über ein ganz entschiedenes demokratisches Selbstbewusstsein verfügte und weil er selbst auch wusste, dass ihm solche Diskussionen lagen. Und schließlich gelang es ihm auch, das Publikum für sich zu gewinnen – nämlich für die Überzeugung, dass der Weg zu mehr Demokratie

Was an Dahrendorf fasziniert, ist sein unbedingter Wille, sich an der Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen und an Demokratie mitzuwirken. Er hat mit jedem debattiert.

und Freiheit über die demokratischen Institutionen selbst zu finden sei. Dafür steht das Bild von der Diskussion auf dem Autodach, und deshalb wollte ich das Foto unbedingt auf dem Titel meines Buches haben.

Hatten die beiden, Dutschke und Dahrendorf, danach noch Kontakt?

Ja. Aber wenige Monate später gab es das Attentat auf Dutschke in Berlin. Das hat Dahrendorf, so schreibt er es selber, sehr getroffen. Er mochte Dutschke, das hat er auch immer wieder gesagt. Sie vertraten inhaltlich unterschiedliche Ansichten. Das führte zu Auseinandersetzungen. Aber er mochte ihn.

Zurück zu der Autoszene und den Studenten, die sich tatsächlich auch um die Renationalisierung des Landes sehr sorgten. Sehen Sie Parallelen zu dem derzeitigen Erstarken der Rechtspopulisten, nicht nur hier bei uns im Lande, sondern weltweit?

Das ist eine sehr interessante Frage. Zunächst einmal muss man sagen, dass Renationalisierung im Jahr 1968 kein zentraler Begriff war. Das ist ein Begriff, der sich erst jetzt in den vergangenen Jahren in Bezug auf einige Länder Europas herausgebildet hat. Ich denke da an Ungarn oder Polen - Länder, die sich aus der EU vielleicht verabschieden und nationale Interessen in den Vordergrund stellen. Was wir jetzt beobachten, ist, dass es offenbar wieder eine stärkere Spaltung innerhalb der Gesellschaft gibt, von politischen Lagern, die häufig nicht mehr in den Diskurs miteinander kommen. Ein Unterschied zu heute ist, dass damals die Liberalisierung der Gesellschaft noch ausstand - die neue Rechte will hingegen heute die Liberalisierung der Gesellschaft, die ja auch durch die 68er erreicht wurde, wieder zurückdrehen.

Wir haben in diesem Jahr mehrere Jubiläen, unter anderem den 200. Geburtstag von Karl Marx. Wenn man Dahrendorf mit Verweis auf das, was in der Welt allgemein gerade nicht so →

**DANK DER PRIVATEN
GIBT ES BESSERE
THERAPIEN FÜR ALLE.**

GEMEINSAM MIT
PHYSIOTHERAPEUT JAN
MACHEN WIR UNSER
GESUNDHEITSSYSTEM
ZU EINEM DER BESTEN
DER WELT.

www.pkv.de/jan

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**





*Er machte alles im Einsatz für
Demokratie und Freiheit.
Das war sein Lebensthema.*

gut läuft, fragen würde, ob Marx nicht doch in vielen seiner Analysen recht hatte, was würde er wohl darauf antworten? Das ist eine schwierige Frage, weil sie sehr allgemein gestellt ist. Die Frage ist doch: Was können uns Marx' Denksätze heute bringen? Fest steht: Dahrendorf war ein großer Marx-Kenner, hat zu Marx promoviert. Vergessen Sie bitte nicht, dass Dahrendorf auch jemand war, der in den 1990er- und 2000er-Jahren vor einem entfesselten Kapitalismus gewarnt hat. Dahrendorf hat Marx immer sehr kritisch gelesen. Aber er war ein wichtiger, wegweisender Theoretiker für ihn.

Eine OECD-Studie bescheinigte Deutschland Anfang der 1960er-Jahre große Rückständigkeit und dokumentierte die Sorge vor dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Klingt wie eine Bestandsaufnahme des Jahres 2018 ...

Es überrascht mich, dass Sie das meinen. Die jüngste OECD-Studie sagt doch: Deutschland steht gut da, gerade was die Zahl der Absolventen in den MINT-Fächern betrifft. Und überhaupt hat die Bundesrepublik im Moment eine sehr mächtige Position auch in Europa und im Weltgeschehen inne. Was ich sagen will: Zu Beginn der 1960er-Jahre war der Tenor in der öffentlichen Debatte: Deutschland

hinkt hinterher, und wenn wir jetzt nicht in die Bildung investieren, dann sind wir in zehn Jahren wirtschaftlich völlig unterlegen. Dahrendorf hat jedoch anders argumentiert: Er hat gesagt, ja, wir müssen in die Bildung investieren, aber damit unsere Demokratie gestärkt wird und weil jeder die gleichen Chancen haben soll. Er hat also viel mehr gesellschaftlich gedacht als wirtschaftlich und viel mehr vom Individuum aus als von der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes. Bildung war für ihn Bürgerrecht.

Zurück zu den Grundsätzen Dahrendorfs. Sie sagten vorhin: Demokratie bedeutet Konflikt. Was heißt das heute für uns, unsere Gesellschaft und das politische System hierzulande?

Wir haben in den vergangenen Jahren eine Große Koalition gehabt. Jetzt gibt es wieder eine Große Koalition. Das ist natürlich etwas, was problematisch ist, weil der Konflikt im Parlament fehlt. Es ist nicht die gleiche Situation wie zur Zeit der Großen Koalition von 1966 bis 1969 unter Kiesinger, wo es mit der FDP wirklich nur eine Mini-Opposition gab. Heute kann man die Große Koalition nur noch bedingt so nennen, weil die prozentualen Verhältnisse im Bundestag sich entschieden verändert haben, und das Parteiensystem hat sich

total verändert. Aber nichtsdestotrotz denke ich, dass die Einebnung von Konflikten langfristig ein zersetzendes Potenzial hat für die demokratische Debatte. Das führt dazu, dass Menschen dann - zum Teil aus Protest, wohl auch zum Teil aus Überzeugung - Parteien wie die AfD wählen, weil sie den Eindruck haben, dass sich im politischen Parteienspektrum gewisse Meinungen nicht mehr wiederfinden oder in den Medien gar nicht mehr vertreten sind. Das ist problematisch. Da hätte Dahrendorf gesagt: Wir brauchen den Konflikt, um Themen und Projekte zu verhandeln und den Diskurs auszutragen. Meine Meinung ist, dass die AfD eine Partei ist, die sich inzwischen ganz weit rechts bewegt und sehr demokratiefeindliche Positionen vertritt. Dessen sollten sich jeder bewusst sein, wenn er so eine Partei wählt, und sei es aus Protest gegen das Etablierte. Nichtsdestotrotz brauchen wir wieder mehr Debatte im Parlament und auch mehr Debatte in den Medien.

Glauben Sie, dass Dahrendorf bei „hart aber fair“ sitzen und argumentieren könnte? Hätte er einen Facebook-Account? Wie würde er mit Shitstorms umgehen?

Das lässt sich kaum beurteilen. Er hat sich zeitlebens Computern verweigert und bis zum Lebensende auf einer mechanischen Schreibmaschine getippt. E-Mails hat seine Sekretärin immer für ihn verschickt. Er hätte also, glaube ich, auch keinen Facebook-Account. Aber das ist, denke ich, nicht die Frage, die Sie eigentlich beantwortet haben wollen. Die Frage ist doch: Was machen wir als Gesellschaft mit einer so veränderten Medienkultur? Und was macht das mit Demokratie?

Genau das ist die Frage.

Dass sich Positionen immer mehr aufschaukeln, dass es gezielte Desinformationen gibt, Fake News, oder Kampagnen, wie wir das im Wahlkampf in den USA und offenbar auch in Deutschland erlebt haben - das hätte Dahrendorf sehr kritisch gesehen. Eine demokratische Debattenkultur braucht Spielregeln, das ist ganz wichtig. Das ist, was Dahrendorf sehr bewundert hat bei den Engländern, die er nach 1945 kennengelernt hat: Wie machen die das? Und welche Spielregeln haben wir, um uns zivilisiert zu streiten? Eine zivilisierte Debattenkultur - das ist etwas, was im Netz häufig fehlt. Und es fehlen im Moment noch die Ideen oder der Wille, Regeln auch durchzusetzen.

Sie hatten die Aufgabe, für das Bundesarchiv den Nachlass von Dahrendorf zu ordnen. Das muss doch eine Herkules-Aufgabe gewesen sein bei der großen Menge an Dokumenten und Papieren?

Ja, es waren unglaubliche Mengen an Dokumenten, über 100 laufende Meter Aktenordner und Papier. Die Problematik war vor allem, dass dieser Nachlass wenig geordnet war. Dahrendorf ist in seinem Leben häufig umgezogen und hat daher immer wieder Kartons gepackt und ausgepackt und dann wieder neu gepackt. Mein ganzes Büro war voller Stapel mit Dokumenten und Ordnern von ihm. Aber

es war natürlich auch toll, ein bisschen wie eine Schatzsuche, weil ich die Erste war, die diese Kartons aufgemacht hat, zum Teil nach Jahrzehnten. Ich bin wirklich eingetaucht in verschiedene Stationen seines Lebens und habe dadurch als Historikerin einen neuen Blick auf die Geschichte der Bundesrepublik, auf die Großbritanniens und auf die öffentliche Debattenkultur bekommen. Das alles hat die Arbeit gelohnt.

Wäre Dahrendorf heute Kanzler, was würde er tun?

Dahrendorf wäre ja jetzt immerhin 88 Jahre alt. Aber es ist ja eine hypothetische Frage. In den 1960er-Jahren hat Dahrendorf das Kanzleramt durchaus für möglich gehalten und es auch angestrebt. Es gibt das berühmte Porträt über ihn im *Stern*, das überschrieben ist mit seinem Zitat: „Natürlich will ich Bundeskanzler werden.“ Er hatte das Selbstbewusstsein dazu, und er wollte unter dem Eindruck des politischen Stillstands der Großen Koalition etwas bewegen und Liberalisierung und Demokratisierung anstoßen. Das würde er auf die heutige politische Situation übertragen. ●



Kirstin Härtig (links) und Florian Flicke führten das Gespräch mit Franziska Meifort am Institut für Geschichte an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

477 Seiten, mit 24 Abbildungen
C. H. Beck, Hardcover, 38,00 €



MENSCHE
RALF

EIN POLITISCHES LEBEN IN BILDERN



Fotos: action press; Interfoto/ATV; privat



Privatmann und Politiker: Dahrendorf bei einer FDP-Veranstaltung (links) mit seiner Mutter Lina, Vater Gustav und Bruder Frank in Berlin, zusammen mit Ehefrau Christiane, eingerahmt von Tochter Daphne (links) und Ehefrau Ellen anlässlich des Ritterschlags durch die britische Königin Elisabeth II. (von oben nach unten).





Fotos: J. H. Darchinger/Friedrich-Ebert-Stiftung; bpk/Digne Meller Marcovicz; ullstein bild/dpa; LUZphoto/fotogloria; FNF



Leben in Bewegung (gegen den Uhrzeigersinn): Ralf Dahrendorf in seinem Arbeitszimmer, bei einem Wahlkampfauftritt in den 1970er-Jahren, zusammen mit dem damaligen portugiesischen Premierminister Anibal Cavaco Silva und Martin Bangemann (rechts), am Comer See, zusammen mit Wolfgang Gerhardt, neben seiner Büste bei einer Podiumsdiskussion in Berlin 2009.





50 Jahre nach den
Studentenunruhen ist
Deutschland in einer
ähnlich narkotisierten
Lage wie damals unter
Kanzler Kiesinger. Es
braucht Aufbruch, nicht
Große Koalition.

DAS DENKEN DER 68ER ENDLICH ÜBERWINDEN

VON MARCO BUSCHMANN



2018

Ein halbes Jahrhundert nach 1968. Für Rechte war es ein Wendepunkt in der Geschichte, der ihrer Meinung nach auf einen Kurs in den Abgrund führte. Sie rufen heute nach einer „konservativen Revolution“. Für Linke war es ein Annus mirabilis, das einen Impuls der Befreiung ausgelöst und direkt zum Höhepunkt und „Ende der Geschichte“ geführt habe. Sie wollen das Erreichte gegen jede Anfeindung bewahren. Da reibt man sich die Augen angesichts dieser kuriosen Dialektik: Die Konservativen wollen Revolution, und die Linken tun so, als seien sie Agent des bestehenden Systems.

Die Ursachen für das alles waren schon im Januar 1968 sichtbar. Veränderung lag in der Luft. Die Wohlstands-narkotisierung der Nachkriegsjahre kam an ihr Ende. Der junge

Soziologie-Professor Ralf Dahrendorf hielt seine ersten Reden als FDP-Politiker. „Es wird Zeit“, rief er, „dass in Deutschland wieder Politik gemacht wird.“ Den bleiernen Quietismus und die Ambitionslosigkeit der Großen Koalition, die die Fragen der Vergangenheit wie der Zukunft gleichermaßen verdrängte, prangerte er gnadenlos an. Er plädierte für mehr Demokratie, den Rechtsstaat, Bildung als Bürgerrecht und eine offene Gesellschaft. Offenheit bedeutete nicht Belieblichkeit. Sie meinte Chancen, um durch eigene Leistung seine Situation zu verbessern. Auch „das katholische Mädchen vom Lande“ sollte Zugriff auf Bildung und sozialen Aufstieg haben. Reform rief den sozialistischen Studentenführer Rudi Dutschke auf den Plan. Er wollte lieber Revolution. Für ihn waren Leute wie Dahrendorf „Scheißliberale“, die „reaktionären Kräften“ dienten. Leute wie er seien „Fachidioten“. Doch Dahrendorf konterte ihn gelassen als „Protestidioten“. Der „rote Rudi“ zog geknickt ab. Ganz anders erging es einem anderen Reformen. Sein Denken wurde gewissermaßen erfolgreich gekapert. Im Januar 1968 verwendete Jacques Derrida erstmals öffentlich seinen Neologismus „la différance“. Eine wesentliche Grundlage des poststrukturalistischen Denkens war gelegt. Das Konzept besagt, dass erst die Sprache unsere Wirklichkeit schaffe. Wer Begriffe beherrsche, habe den Schlüssel zur Veränderung der Welt in der Hand. Dabei seien begriffliche Gegensätze wie „gut und böse“ von entscheidender Bedeutung. Sie transportierten Werte und Herrschaftsstrukturen.

Derridas Absicht war nicht revolutionär. Er mahnte nur dazu, ein geistiges Erbe reflektiert anzutreten. So wie Karl Popper lehrte, dass es keine endgültigen Wahrheiten in der Naturwissenschaft gibt, erinnerte Derrida daran, dass es keine endgültige Wahrheit in Kultur und Sprache geben könne.

Unterscheidung von Recht und Unrecht sollte bedeutungslos werden

Doch die Gesinnungsgenossen Dutschkes erkannten die revolutionäre Strategie, die sich daraus ableiten ließ. Die begrifflichen Gegensatzpaare, die für die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft von Bedeutung sind, mussten eingeebnet werden. Die dar-

Wer rechts sagt, löst Assoziationen mit Neonazis, Glatzen und Springerstiefeln aus. Da ist man im Zweifel lieber links als rechts.

aus entstehende Indifferenz sollte den innerlichen Zusammenbruch durch begriffliche Entkernung herbeiführen und so die Strukturen des Systems zerstören. Im Prinzip wusste schon Konfuzius um diese Prozedur: „Wenn die Begriffe nicht richtig sind, so stimmen die Worte nicht; stimmen die Worte nicht, so kommen die Werke nicht zustande.“ Dieses Programm brach sich schnell Bahn. An einer Wand der Universität des Saarlandes prangten 1968 die Worte: „legal, illegal, scheißegal“. Die Unterscheidung von Recht und Unrecht sollte bedeutungslos werden. Die Gesamtschule bekam 1968 in West-Berlin ihr erstes Modellprojekt und war fortan das Experimentierfeld für leistungsintegrativen Unterricht - also die institutionalisierte Absage an die Unterscheidung verschiedener Leistungsniveaus. „Das Private ist politisch“ begann als Parole wenig später die sphärische Trennung zwischen Öffentlichem und Privatem aufzuheben. Die Unterscheidung zwischen kunstvollem Können und Dilettantismus riss Joseph Beuys mit größter Lust nieder: Auch eine zufällig verkohlte Tür konnte Kunst sein, wenn man sie ins Museum stellt. Dieses Denken begann seinen Marsch durch die Institutionen.

Den protestierenden Studenten in Frankreich rief der Schriftsteller Marcel Jouhandeau im Mai 1968 zu: „Geht nach Hause, in zehn Jahren seid ihr Notare!“ In Deutschland wurden sie Rechtsanwälte wie Otto Schily und gingen in den Bundestag. Sie gelangten am Ende ihres Marsches in höchste Regierunsämter. Die Gegensatzpaare der →

verhassten bürgerlichen Gesellschaft wurden aber nicht ersatzlos geschliffen. Das zentrale lautete nun links und rechts. Es trat an die Stelle von gut und böse, richtig und falsch oder legal und illegal. Das hatte den Vorteil, dass das erbarmungslose Entweder-oder von links oder rechts die Möglichkeit der Reform aus der politischen Mitte durch „Scheißliberale“ wie Dahrendorf ausblendete. Zugleich war die Alternative rechts stets mit einem Makel belegt: Wer rechts sagt, löst Assoziationen mit Neonazis, Glatzen und Springerstiefeln aus. Da ist man im Zweifel lieber links als rechts.

Diese sprachlogische Lenkungsfunktion war gegen die Sachlogik vieler Themen extrem erfolgreich und führte in zahllosen Debatten zu etwas, das der kulturkritische Philosoph Friedrich Nietzsche wohl eine „Umwertung aller Werte“ genannt hätte. Die Folge war eine große Verunsicherung der politischen Bewertungsmaßstäbe.

Kein Wunder also, dass heute Linke und Rechte die Rollen der Revolutionäre und Bewahrer vertauschen! Linke Diktatoren wie Fidel Castro waren gut, rechte wie Augusto Pinochet dagegen schlecht. Dass beide Menschenrechte missachteten, schien nicht ins Bild zu passen. Ist es daher ein Wunder, dass sich Deutschland so lange schwertat im Umgang mit Recep Erdogan? Alles, was politisch unerwünscht war, wurde rechts genannt: Markt und Wettbewerb zum Beispiel. Ist das nicht besonders widersinnig? Denn politische Linke wie Rechte sind sich weltweit in nichts so nahe wie in ihrer gemeinsamen Skepsis gegenüber Markt und Wettbewerb. AfD und Linke polemisieren gemeinsam gegen Freihandelsabkommen wie TTIP und Ceta. Die Durchsetzung des Rechtsstaates gegen Personen, die in Hamburg ganze Stadtteile zerlegen oder in Berlin fremde Häuser besetzen, ist angeblich rechts. Aber muss eine Politik, die Schwache schützen möchte, nicht einen starken Rechtsstaat wollen?

„Legal, illegal, scheißegal“ im Kanzleramt

Eine Bildungspolitik, die auf berufliche Kompetenzen setzt, gilt als rechts, weil sie Menschen angeblich einer „kapitalistischen Verwertungslogik“ unterwerfe. Aber sind es



nicht gerade solche Ausbildungsgänge, die sozialen Aufstieg durch Bildung ermöglichen? War das nicht einmal ein Anliegen der Arbeiterbewegung? Vielleicht ist die Parole „legal, illegal, scheißegal“ sogar im Bundeskanzleramt angekommen. Jedenfalls verfehlte die rot-grüne Bundesregierung 2002 klar die Stabilitätskriterien von Maastricht und sorgte gemeinsam mit der französischen Regierung dafür, dass sich daran gerade nicht das vertraglich vorgesehene Defizitverfahren anknüpfte. Infolgedessen

Foto: W. Kunz/ulstein bild

verloren die Maastricht-Kriterien als Leges imperfectae ihre Direktivkraft. Das führte dazu, dass die Verschuldungsgrade der Euro-Staaten immer mehr anstiegen, bis es schließlich zur Euro-Krise kam. Diese wiederum diskreditierte die Marktwirtschaft weit mehr, als es sich der „rote Rudi“ je hätte träumen lassen. Relevanz und Lehre aus 1968 für unsere Gegenwart sind daher klar: Uns stehen ähnliche Debatten bevor. Den Veränderungsimpuls von 1968, den der Strukturwandel zur „Dienstklassengesellschaft“ ausgelöst hat, bringt heute die Digitalisierung in Gang. Union und SPD narkotisieren das Land damals wie heute mit Großen Koalitionen.

Die aggressive Auflehnung gegen Modernität sammelt sich heute in der AfD Alexander Gaulands, so wie sie sich damals in der NPD Adolf von Thaddens zusammenfand. In unserer Zeit des Wandels hilft weder liturgische Revolutionsrhetorik von rechts noch politische Begriffsjurisprudenz von links. Die progressive Politik der Mitte muss sich der 1968 geborenen Freund-Feind-Denke

Die progressive Politik der Mitte muss sich der 1968 geborenen Freund-Feind-Denke des Entweder-oder von links oder rechts entziehen

des Entweder-oder von links oder rechts entziehen. Sie muss ihren eigenen Weg finden. Sie muss angreifen, streiten und debattieren. Sie muss mit Ritualen brechen und sich jedem auferlegten Gehäuse der Hörigkeit entziehen. Sie muss dem Land eine lohnende Perspektive der Veränderung aufzeigen. Wenn wir in das Jahr 2018 mit dem Willen starten, dem Land einen Weg weiterer Modernisierung aufzuzeigen, dann dürfen wir ruhig auf das Jahr 1968 Bezug nehmen. Aber es muss gelten: mehr Dahrendorf, weniger Dutschke. ●

Der Text ist eine Übernahme aus der Welt, erschienen am 12. Januar 2018.

MARCO BUSCHMANN ist Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion. Dem Bundestag gehörte der Volljurist bereits von 2009 bis 2013 an. Von Juni 2012 bis April 2014 war er Generalsekretär der FDP Nordrhein-Westfalen und von Juni 2014 bis September 2017 Bundesgeschäftsführer der FDP.

@ redaktion@libmag.de

Unsere Energie – eine sichere Quelle.

- 8.000 qualifizierte Mitarbeiter
- jede zehnte Kilowattstunde Strom für Deutschland
- Braunkohlenkraftwerke der neuesten Generation
- heimische Rohstoffgewinnung im zweitgrößten Kohlerevier
- hochwertig veredelte Brennstoffe für Kunden in 17 Ländern
- aktiv in der Entwicklung von Technologien und Geschäftsfeldern mit Energie im Fokus

LEBENSCHANCEN

Eine Nachlese zu Ralf Dahrendorf 1979 über Fortschritt, Hoffnung und Ungleichheit
von Karl-Heinz Paqué

Ralf Dahrendorf hatte Selbstironie. In seinem letzten Buch „Versuchungen der Unfreiheit“, das er im Jahre 2006 veröffentlichte - also drei Jahre vor seinem Tod - schrieb er folgenden Satz: „In Zeiten des Umbruchs sind die Intellektuellen nötig, in normalen Zeiten allenfalls nützlich.“ Die Siebzigerjahre gehörten eindeutig in die erste Kategorie: Währungs-, Wachstums- und Ölkrise, Konjunkturerinbrüche, Arbeitslosigkeit und Umweltzerstörung - all dies hatte die selbstzufriedene Wohlstandsgesellschaft der Sechzigerjahre tief erschüttert. Offenbar war völlig Neues im Gange, und noch mehr stand bevor. Strukturwandel war ein Zauberwort der Zeit. Der Liberale Dahrendorf erlebte jene Jahre zunächst in Brüssel und dann in einem der Epizentren des forcierten Umbruchs: im Großbritannien der Vor-Thatcher-Zeit, seit 1974 als Direktor der London School of Economics and Political Science, der regelmäßig die großen Herausforderungen öffentlich erklärte und kommentierte, bevorzugt im Vereinigten Königreich und in seiner alten Heimat Deutschland.

Ergebnis waren Einzelbetrachtungen, die er 1979 in kluger Auswahl zu einem kleinen Büchlein zusammenfasste. Dessen Titel ist Programm: „Lebenschancen“. Der Untertitel suggeriert einen bescheidenen Anspruch. Er lautet: Anläufe zur sozialen und politischen Theorie. Also: nichts Endgültiges, kein mächtiges Gedankenkonstrukt und schon gar keine endgültige Wahrheit, sondern etwas Erstes, Unvollkommenes, Vorläufiges. Gerade das macht das Buch so spannend, auch fast 40 Jahre später, denn man muss heutzutage nach Schulden- und Flüchtlingskrisen, Brexit-Vote, Trump-Triumph sowie Wiederaufstieg von Autokratie im Osten und Rechtspopulismus im Westen kein Prophet sein, um unsere Zeit als eine Phase des abermaligen Umbruchs zu deuten. Also auch heute die Frage der Intellektuellen: Wie ist Fortschritt überhaupt noch möglich?

Dahrendorfs liberales Konzept der Lebenschancen kann helfen, sich zu orientieren. Sein Grundgedanke ist ganz einfach: Eine Gesellschaft sollte so verfasst sein, dass sie möglichst vielen Menschen möglichst große Lebenschancen bietet. Also: kein Heilsversprechen für die Zukunft, keine staatliche Glücksgarantie, keine allumfassende Harmonie der Ziele und Wünsche, sondern der immer wieder neu zu gestaltende Versuch, die Veränderungen von Arbeitswelt, Tech-



nologie und weltweitem Handel bestmöglich in „Optionen“ für den Einzelnen umzusetzen. Statt Bevormundung also Begleitung durch staatliche Institutionen, die den Menschen helfen, ihre Talente und Möglichkeiten zu nutzen, um sich in einer Gesellschaft zurechtzufinden, die sich ständig und unaufhaltsam wandelt. Denn sie muss eine offene Gesellschaft sein und bleiben – ganz im Sinne des Philosophen Karl Popper, den Ralf Dahrendorf verehrte und der im Register seines Buches mit Abstand am häufigsten vorkommt.

Es geht dabei nicht um eine bindungs- und wurzellose Modernisierung, weshalb Dahrendorf die Lebenschancen als ein Zusammenspiel von Optionen mit „Ligaturen“ deutet – ein Begriff, der ihm etwas zu akademisch geriet. Gemeint ist aber etwas ganz Einfaches: gewachsene Bindungen aus Elternhaus, Heimat, Tradition und Religion oder Konfession, die der Mensch natürlich nicht einfach abstreift. Und das ist auch gut so.

Für Dahrendorf war klar: Der Staat, der ernsthaft versucht, die besten Lebenschancen für möglichst viele Menschen zu bieten, schafft berechtigte Hoffnung auf eine (noch) bessere Zukunft. Dazu gehört zu allererst die bestmögliche Bildung – als notwendige Vor-

den Klage über den Zustand der Welt eine zukunftsorientierte dynamische Deutung entgegenzusetzen.

Das war 1979. Seither sind fast vier Jahrzehnte vergangen. Die damaligen Zwischenrufe kritischer Beobachter über die fortwährende Ungleichheit der Gesellschaft sind nicht weniger und leiser, sondern viel häufiger und lauter geworden. Sie bilden längst einen politischen Hauptstrom der Klage. Er verweist fast täglich auf eine Ungleichheit, die angeblich unaufhaltsam zunimmt, wenngleich die Fakten keineswegs unstrittig sind und bleiben. Dabei wird immer öfter auf die absolute Spitze der Einkommenspyramide geblickt, nämlich den raschen Aufstieg einer kleinen Minderheit von „Superreichen“, die in der global vernetzten Welt mit ihren jeweiligen Geschäftsmodellen reüssieren. Der Ruf nach drastischen Vermögensteuern erschallt immer lauter, und zwar nicht mehr nur auf der Seite der extremen politischen Linken.

Dahrendorfs macht in „Lebenschancen“ deutlich, wo die großen Gefahren einer solchen politischen Sicht liegen: Eine liberale Gesellschaft, die Hoffnung und Fortschritt als Leitmotive nicht aufgeben will, muss sich davor hüten, besonders erfolgreiche Menschen unge-

Dahrendorfs liberales Konzept der Lebenschancen kann helfen, sich zu orientieren.

aussetzung, um die Chancen des Neuen wahrnehmen zu können und die Risiken zu meistern. Wichtig ist dabei: „Bildung als Bürgerrecht“, so Dahrendorfs viel zitiertes politisches Schlagwort, ist nicht egalitär und darf es nicht sein. Sie schafft Startgerechtigkeit, aber keine gleichen Ergebnisse, eben weil die Menschen verschieden sind. Die Ergebnisgleichheit ist – zu Ende gedacht – ein geradezu totalitäres Heilsversprechen, das in einem liberal verfassten Staat nichts zu suchen hat. Ein hochdifferenziertes Schulwesen ist nicht nur legitim, sondern nötig: von der Förderschule bis zur Eliteuniversität und von der staatlichen bis zur freien Trägerschaft.

Wie Dahrendorf überhaupt in der Ungleichheit ein wesentliches Element sieht, um die nötige Spannkraft und Kreativität einer Gesellschaft zu schaffen und zu erhalten. Wie ein roter Faden durchzieht dieser Gedanke sein Buch „Lebenschancen“. Die Menschen brauchen realistische Vorbilder, um ihren Lebensentwürfen Orientierung zu geben. So folgten die Bildungsvereine der Arbeiter im späten 19. Jahrhundert den Idealen eines beruflich qualifizierten Bürgertums, und eben dies machte die Durchlässigkeit der Gesellschaft erst möglich. „Realistisch“ ist dabei ein Vorbild, wenn der Abstand zwischen der eigenen Wirklichkeit und der angestrebten Wunschvorstellung nicht utopisch groß wird, aber eben auch nicht zu klein, um überhaupt die Kräfte der Motivation in Gang zu setzen.

Dahrendorf war völlig klar: Über das optimale Maß an Gleichheit oder Ungleichheit lässt sich politisch endlos streiten. Und ihm war ebenso klar, dass er von idealistischen Gesinnungsethikern für seine nüchterne Verteidigung der Ungleichheit keinen Applaus bekommen würde. Aber er hielt es damals schon für absolut nötig, der missmutigen Messung der vorhandenen Ungleichheit und der moralisieren-

büchlich zu belasten oder gar zu verteufeln und zu vertreiben. Dies gilt auch dann, wenn deren Erfolg von Glück und Moden begünstigt ist. Denn es wäre eine Illusion zu glauben, objektive Leistung und subjektives Glück ließen sich immer so sauber trennen, dass einem vagen Gefühl der Fairness und Gerechtigkeit Genüge getan wird. Die Lebensläufe von Filmschauspielern, Rockstars und Sportlern liefern dafür bestes Anschauungsmaterial. Und genauso die Schicksale von Start-up-Unternehmern, die zur richtigen Zeit am richtigen Ort das richtige Produkt anbieten – oder frühzeitig in Konkurs gehen und in der Statistik der Reichen nie wieder auftauchen.

Lebenschancen im Sinne Ralf Dahrendorfs sind eben nicht säuberlich zerlegbar in Gut und Böse, gerecht oder ungerecht, fair oder unfair. Eine vitale Gesellschaft, die Lebenschancen für möglichst viele befördern will, muss auch in dieser Hinsicht offen und tolerant sein. ●



Karl-Heinz Paqué ist stellv. Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Professor der Volkswirtschaftslehre. 1979 las er als 22-jähriger Student Dahrendorfs „Lebenschancen“. Das Buch überzeugte ihn. Jetzt las er es wieder, fast vier Jahrzehnte später. Es überzeugt ihn noch immer.

@ redaktion@libmag.de



Viele Zeitgenossen betrachten wachsende Vielfalt und Komplexität als gesellschaftliches Problem. Für den Liberalismus ist beides Teil der Lösung. Das kann ihm im Wettbewerb der politischen Ideen gerade jetzt Rückenwind geben. **Ein Plädoyer.**

VON ARMIN NASSEHI

VORTEIL VIELFALT

Was derzeit in fast allen europäischen Ländern als „Krise der Parteiendemokratie“ erscheint, ist die Ununterscheidbarkeit der Mitte-links- und Mitte-rechts-Akteure. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges waren sie die klassischen politischen Antipoden, aktuell wirken sie wenigstens insofern ununterscheidbar, als sie außerstande scheinen oder nicht willens sind, ein zentrales Problem moderner Demokratien zu bearbeiten: Heterogenität. Kulturelle, gesellschaftliche, politische oder wirtschaftliche Uneinheitlichkeit ist kein Programm, sondern eine moderne Erfahrung - und um es gleich vorwegzunehmen: Im klassisch liberalen Sinne ist es auch eine Lösung. Bloß scheinen die liberalen Kräfte im Westen, seien sie politisch organisiert oder nicht, das mehrheitlich vergessen zu haben. Warum muss sich das ändern?

Politische Identität

Zunächst: Man kann eine politische Identität nur haben, wenn es auch eine politische Differenz, also konkurrierende Alternativen in der Parteienlandschaft, gibt. Blickt man auf den abgelaufenen Bundestagswahlkampf in Deutschland, wird deutlich, dass die Enttäuschung der Wähler über die aktuelle Politik viel weniger damit zu tun hat, dass die angebotenen Lösungen nicht substantiell genug oder gar sachlich unzureichend gewesen wären. Darum geht es letztlich ohnehin selten. Die Enttäuschung vieler Bürger rührt daher, dass die Komplexität der Gesellschaft nicht über das Angebot heterogener politischer Lösungen kompensiert werden konnte. Der Einzug der nationalkonservativen AfD in den Bundestag hat also weniger mit ihren inhaltlichen Lösungskapazitäten zu tun als mit dem Umstand, dass allein das semantische Angebot einer angeblichen „Alternative“ bereits reichte, um die Gunst von 13 Prozent der Wähler zu gewinnen. Dass es derzeit eher ein dezidiert rechtes als ein dezidiert linkes oder liberales Politikangebot ist, das in Europa reüssiert, ist ebenfalls kein Zufall: Der offensichtlichen Krise der

transnationalen Institutionen, insbesondere der Europäischen Union als Lieblingsgegner sowohl linker wie rechter Extrempositionen, begegnen viele Bürgerinnen und Bürger, indem sie sich auf vermeintlich sichere Werte wie den Nationalstaat und damit einhergehende Übersichtlichkeit und stärkere politische Kontrolle zurückbesinnen. Deshalb sind die Ergebnisse der europäischen Wahlen im Jahr 2017 auch keine politische Katastrophe, wie aktuell gerne behauptet wird, sondern eine logisch gesehen durchaus konsequente Folge des Verlustes von Abweichungsverstärkung und Abweichungsprämierung der politischen Konkurrenten.

Schauen wir genauer hin: Der konservativen Union ist es in der Vergangenheit gelungen, das Bezugsproblem des Konservativen, nämlich die Schwäche der Menschen und ihr Bedürfnis nach institutionalisierter Orientierung, nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer kulturellen und politischen Öffnung Richtung Westen zu versöhnen. Das war eine grandiose politische Leistung, die den Konservatismus modernisiert hat. Für die Sozialdemokratie galt etwas Ähnliches: Ihr ist es mit der Selbstabnabelung von ihrem marxistischen Erbe gelungen, die sogenannten kleinen Leute mit den Aufstiegsversprechen der bürgerlichen Demokratie zu versöhnen. Diese Leistungen der deutschen Volksparteien haben zugleich die Grundlage für Narrative gelegt, die politische Identitäten und damit auch produktive Formen der Heterogenität im politischen Streit ermöglicht haben. Davon ist allerdings 2017 nicht viel übrig geblieben. Die Volksparteien schrumpfen in der Wählergunst, und das wird sich erst dann ändern, wenn sie funktionale Äquivalente für ihre einstigen Stärken gefunden haben: Konservative müssen eine Neubestimmung des Konservativen in einer dynamischen Welt vornehmen - womöglich ist das derzeit eine der wichtigsten politischen Fragen, denn das konservative Bezugsproblem der Zugehörigkeit und Erwartungssicherheit scheint derzeit das zu sein, an dem sich Wahlen entscheiden. Und wenn es der Sozialdemokratie nicht gelingt, das Aufstiegsthema mit der technologiegetriebenen revolutionären Veränderung des Arbeitsle- →

bens zu verbinden, wird sie in der Bedeutungslosigkeit verschwinden. Aber: Was wäre denn ein zeitgemäßes Modell liberaler Politik?

Dezidiert liberale Politikfelder waren und sind einerseits die wirtschaftliche Freiheit, also die Anerkennung des Wettbewerbs als Problemlöser, und die Einsicht, dass ökonomische Dynamik dezentrale Formen braucht, um auf Ideen zu kommen. Zum anderen ist es die Verteidigung der Bürgerrechte: Mit der Entwicklung neuer Technologien, die bürgerliche Rechte tangieren oder sogar schneiden, dürfte sich dieses Thema in nächster Zukunft - und das war bis vor Kurzem alles andere als selbstverständlich - wieder zu einem zentralen Politikfeld entwickeln. Gleichwohl: Beides sind klassisch liberale Felder, und liberale Politik wird sich stets diesen Themen widmen (müssen). Was allerdings fehlt, ist das verbindende Element dieser beiden (und anderer) Sphären, das der liberalen Idee in der realpolitischen Gemengelage die Legitimation, die eigentliche Schlagkraft zurückgibt. Der Liberalismus muss seine intellektuell kongruente Position beziehen - doch das ist leichter gesagt als getan.

Die Farbenlehre moderner Demokratien

Egal, ob in Deutschland, in Frankreich oder in Großbritannien: Politische Farbenlehre ist wieder en vogue - aber nicht, wie oben beschrieben, weil die Farben so deutlich hervorstechen und Orientierung im Dickicht komplexer Problemlösungsstrategien bieten würden. Ganz im Gegenteil! Über die Farbenlehre im politischen

chem „So-Sein“ haben - sie könnten aber stets auch anders sein, sonst wären es keine Entscheidungen. Aber diese Willkür wird kontrolliert, wenigstens dadurch, dass auch andere Möglichkeiten im öffentlichen politischen Diskurs sagbar sind.

Der Lackmuestest fürs Demokratische sind viel weniger funktionierende Institutionen oder komplizierte repräsentationstheoretische Masse einer tatsächlichen Abbildung des Volkswillens in Abstimmungen oder in Parlamenten. Der Lackmuestest ist die, wenn man so will, kulturelle Fähigkeit, dass gleichzeitig unterschiedliche Lösungen sagbar sind und dass letztlich fast alle Themen politisierbar werden. Sieht man sich die problematischen Kandidaten an den Ostgrenzen Europas an - Russland und die Türkei -, ist deren Institutionenapparat letztlich demokratisch gebaut, durch Wahlen unterfüttert und durchaus mit einer wenn nicht wirklich rechtsstaatlichen, dann wenigstens rechtsförmigen Idee von Erwartungssicherheit ausgestattet. Woran es aber fehlt, ist die Fähigkeit, die Abweichung von machtnahen Lösungskonzepten, Wordings und Interessenvertretungen überhaupt legitim sagbar zu machen. Allein das Gefühl, dass die Dinge mit Konsequenzen auch anders gesagt werden können, erzeugt bereits einen Legitimationsschub für jene Entscheidungen, die tatsächlich gefällt werden.

Dieser Mechanismus heißt in der Demokratie „Opposition“. Politische Gegnerschaft hat es immer gegeben, aber die Demokratie befriedet die politische Debatte dadurch, dass sie sie geradezu anstachelt.

*Politische Gegnerschaft hat es immer gegeben,
aber die Demokratie befriedet die politische Debatte
dadurch, dass sie sie geradezu anstachelt.*

Sinne ist nun ganz neu nachzudenken, da sich die Denkungsarten des Politischen ganz offensichtlich nicht mehr jener Ordnung fügen, die westliche politische Systeme mit allem ausstattete, was das Programm der „Demokratie“ erforderte. Demokratie wäre allzu einfach beschrieben, wenn man sich allein auf die politische Selbstbeschreibung der „Volksherrschaft“ kaprizierte. Demokratie ist nicht Volksherrschaft, sondern ein Mechanismus, der es ermöglicht, dass kollektiv bindende Entscheidungen auch von denen loyal getragen werden, die nicht zu jenen gehören, die diese Entscheidungen auch so getroffen hätten. Von autokratischen, diktatorischen und korrupten Systemen unterscheidet sich die Demokratie also nicht dadurch, dass sie die tatsächliche Zustimmung des Demos voraussetzt oder einholt, sondern dass sie es ermöglicht, Macht kontrollierbar zu machen und in die Schranken einer „kontrollierten Willkür“ zu verweisen. Mit kontrollierter Willkür ist gemeint, dass politische Entscheidungen durchaus ein Moment an Kontingenz und willkürli-

chelt. Die Opposition, will heißen: die Konfrontation mit Abweichungen, stattet die Machthaber mit Kontingenz aus, also mit einem Signal, das anzeigt, dass es sich um Nicht-Alternativloses handelt, dass also Entscheidungen nicht einfach Kausalketten sind, sondern ein Moment Unbestimmbarkeit beinhalten. Anders gesagt: Die Opposition zwingt den Machthaber, für jene Entscheidungen, die dieser ohnehin treffen kann, gute Gründe parat zu haben. Durch die Opposition kontrolliert sich der Machthaber gleichsam selbst, denn sein Kommunikationsverhalten wird ein anderes, weil er stets damit rechnen muss, gute Gründe angeben zu müssen, wenn er gefragt wird. Demokratie radikalisiert und entschärft damit Opposition gleichermaßen: Sie radikalisiert sie dadurch, dass sie das Oppositionelle in die politischen Institutionen integriert, ihm Rechte und Pflichten zuschreibt, es mit Ressourcen ausstattet und als Alternative für den Fall führt, sollte die Regierung scheitern. Damit entschärft sie Opposition zugleich, weil es für oppositionelle Politik keine Gegnerschaft

mehr gegen das politische System, sondern nur gegen den politischen Gegner braucht.

Was hat all das mit dem Bezugsproblem des Liberalismus zu tun? Zweifaches: Zum einen ist die Entstehung demokratischer politischer Systeme in Europa und Nordamerika ein ursprünglich liberales Konzept. Zum anderen ist der Liberalismus diejenige Idee, der dieser eben für das politische System skizzierte Oppositions- und Abweichungsmechanismus als zentrales Fortschrittsmoment besonders markant eingeschrieben ist: Ohne Heterogenität, ohne Abweichung, ohne Opposition, ohne Wettbewerb - so schon seine klassischen Vordenker - kann es keinen Fortschritt geben. Zeitgenössische Liberale proklamieren dieses Ideal mitsamt seinen Folgen für alle gesellschaftlichen Sphären nur selten, weshalb sich an dieser Stelle ein kleiner Exkurs zum klassischen Liberalismus, dessen Abglanz bis heute dafür sorgt, dass sogar das opportunistischste FDP-Mitglied noch einen intellektuellen Schatten werfen kann, anbietet.

Der klassische Liberalismus und die Demokratie

Der klassische Liberalismus war eine Bewegung, die man vor allem aus seiner historischen Genese verstehen muss. Man kann John Lockes Betonung der individuellen Freiheit und vor allem des Besitzindividualismus nur vor dem Hintergrund der „Glorious Revolution“ in England im Jahre 1689 verstehen. Diese Kritik des Absolutismus ist ein Kind ihrer Epoche, setzt sich aber als eine allgemein staatskritische Perspektive bis heute fort. Ähnliches gilt für den zweiten großen Theoretiker des Liberalismus, für John Stuart Mill, der fast 200 Jahre später sein Buch „On Liberty“ schrieb. Darin heißt es, der Einfluss des Staates auf die Gesellschaft müsse begrenzt werden, weil ausufernde Staatstätigkeit „den aktiven und ehrgeizigen Teil der Öffentlichkeit mehr und mehr zu Mitläufern der Regierung oder irgendeiner Partei, die danach strebt, die regierende Partei zu werden“, verwandle. Und im 20. Jahrhundert ist es wohl Friedrich August von Hayek, der die liberale Staatsferne sogar als Demokratiekritik auf den Begriff bringt. Er kritisiert an der Demokratie, dass Politik sich gewissermaßen in den Dienst der Wähler stelle und deren Wünsche befriedigen wolle und deshalb in die Autonomie ökonomischer Freiheit eingreifen müsse.

Das historische Erbe jenes Liberalismus ist die Kritik des Macht habers, nicht aber eine Kritik der Macht. Niemand wird heute noch ernsthaft behaupten können, dass politische Ordnung ohne die Zentralisierung von Macht und ohne die Ressourcen ihrer Durchsetzbarkeit möglich ist. Die liberale Kritik des Absolutismus freilich als Grundlage für die Entstehung moderner politischer Systeme bestand vor allem darin, die pure Selbstbezogenheit der Macht darzustellen und gewissermaßen dialektisch vorzuführen: indem Kommunikation ohne operative Macht die operative Macht und ihre Geltungsbedingungen sichtbar macht. Man kann erst dann darüber nachdenken, wer eigentlich herrschen soll, wie man die potenziell Herrschenden identifizieren soll, nach welchen Kriterien man sie auswählt, wie man

sie wieder loswird und nach welchen Verfahren all das bewerkstelligt werden soll. Die moderne politische Demokratie ist damit letztlich Ausdruck einer liberalen Kritik der absoluten, nicht rückbezogenen Herrschaft.

Besonders interessant in dieser Hinsicht - und ein Signet liberaler Selbstbeschreibung im Politischen - ist der Zusammenhang von Einheit und Differenz. Ralf Dahrendorf hat es dahingehend 1990 so formuliert: „Heterogenität ist eine Qualität liberaler Gemeinwesen. Sie fordert die feste Fundierung der allgemeinen Institutionen und zugleich den praktizierten Respekt vor kulturellen Besonderheiten. Freiheit der Religionsausübung gilt für alle Konfessionen und auch für diejenigen, die keine Religion ausüben wollen. Türken in deutschen Schulen müssen Deutsch sprechen und auf Deutsch unterrichtet werden, aber das Eigenleben ihrer Kulturgruppe verdient Schutz und auch Unterstützung. Insoweit ist der Nationalstaat ein Fortschritt, der herausführt aus der Stammesexistenz.“ Der Kontext dieser Äußerungen war die Frage nach der Bedeutung des Nationalstaates angesichts der Neuordnung der politischen Welt mit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus. Schön kommt in diesen Sätzen aber die Grundlage liberalen Denkens zum Vorschein: Einerseits bedarf es einer institutionellen Ordnung, die nicht infrage stehen darf, andererseits hat der Staat die Heterogenität der Gesellschaft zu schützen. Die Blickrichtung seit Locke hat sich also umgekehrt: Ging es dort noch um die Begrenzung der staatlichen Autorität und den Schutz der Gesellschaft vor der Willkür des Staates, ist es nun die staatliche Autorität, die die Pluralität der Gesellschaft schützen soll und die Bedingungen für Heterogenität zu sichern hat. Dahrendorfs Kritik der „Stammesexistenz“ könnte kaum aktueller sein - man denke an die Sezessionsbewegung in Katalonien oder an rechtspopulistische Ideologien des „reinen“ homogenen Volkes.

Die moderne, liberale Demokratie ist im Lichte dieser beiden klassisch-liberalen Traditionen gesehen nichts anderes als eine funktionale Antwort auf Heterogenität. Sie ist ein Mechanismus der Abweichungsverstärkung: Sie garantiert gerade nicht die Identifikation des einen und einheitlichen Volkswissens, sie garantiert, dass Heterogenes gehört werden kann - sofern es denn angeboten wird. Diese radikal-demokratische Idee kann etwa mit von Hayek so weit gehen, an der Demokratie zu kritisieren, dass der Staat sich durch den entstehenden Machtkreislauf gehemmt fühlt, das Richtige zu tun, und stattdessen potenziellen Wählern nach dem Mund redet. Hayek nimmt also die Frage der Heterogenität der Perspektiven wirklich ernst: Sein „Wettbewerb als Entdeckungsverfahren“ geht davon aus, dass die Anmaßung einer Zentralposition Suchbewegungen nach neuen Lösungen korrumpiere.

Abweichen als Lösung

Was den Liberalismus trägt und bis heute auszeichnet, ist also weniger eine abstrakte Idee als die unhintergehbare Erfahrung einer Perspektivität von Positionen und der Falsifizierbarkeit von →

Lösungen durch bessere Lösungen. Das sind tatsächlich praktische Erfahrungen der gesellschaftlichen Moderne, die in technischer, ökonomischer, ästhetischer und nicht zuletzt moralischer Hinsicht Heterogenität nicht als Problem, sondern als Lösung behandeln. In kybernetischen Begriffen erinnert das an William Ross Ashbys Gesetz der erforderlichen Vielfalt (law of requisite variety), nach dem ein System nur dann überlebensfähig ist, wenn es dynamisch auf Umweltveränderungen reagieren kann und seine operative Einheit sichert, indem es sich nach eigenen Maßgaben verändern kann.

Diese Denkart ist hervorragend geeignet, einer Gesellschaft, die ihre Einheit weder in ihrer Spitze finden (wie in hochkulturellen Gesellschaftssystemen) noch über autoritäre Herrschaft sichern kann (wie im Zeitalter des Absolutismus), zu kollektiven Verbindlichkeiten zu verhelfen und dabei die Heterogenität ihrer sozialen Lebensformen, religiösen Traditionen, wissenschaftlichen Wahrheiten, ökonomischen Lösungen und künstlerischen Stile zu wahren. Wenn es stimmt, dass das Bezugsproblem des Liberalismus Heterogenität ist,

dann auf tradierte Strukturen innerhalb der Gesellschaft, um zwischen der Dynamik der Ungleichheit generierenden Ökonomie und jener der Gleichheit versprechenden Formen des Rechts und der politischen Teilhabe zu vermitteln, während eher sozialdemokratische Modelle eine ähnliche Vermittlung vornehmen, aber weniger auf tradierte Strukturen als auf regulierende Institutionenkontrolle setzen. Deziert linke Politikprogramme setzen auf die Idee des Gesellschaftsumbaus und der zentralen Kontrolle, während deziert rechte Politikprogramme vor allem auf ethnische/völkische Homogenität setzen, um der Dynamik der Gesellschaft Herr zu werden. So weit, so schematisch. Wie die klassischen Mitte-links- und Mitte-rechts-Programme bedürfen freilich auch liberale politische Denkungsarten einer Modernisierung. Wie könnte sie im Hinblick auf das bisher Ausgeführte aussehen?

Der klassische Bürgerrechtsliberalismus ist ein Liberalismus, der die Heterogenität von gesellschaftlichen Gruppen ohnehin stets im Blick hatte: one man, one vote, Frauen- und Minderheitenrechte,

Wettbewerb ist nur dann Wettbewerb, wenn man für das gleiche Problem mehrere Lösungen für denkbar hält.

und wenn es stimmt, dass die Demokratie letztlich ein Programm der Bewältigung und Gestaltung von widersprüchlichen Informationen, Erfahrungen und Interessen ist, dann beruht das politische wie auch das gesellschaftliche Modell von Modernität letztlich zuvorderst auf der liberalen Grunderfahrung des Heterogenitätsmanagements.

Modernität, auf eine Formel gebracht, heißt: Abweichungsverstärkung. Oder einfacher: Lösungen sind nur Lösungen im Hinblick auf vorherige schlechtere Lösungen. Innovationen sind Innovationen, weil frühere Innovationen als ungültig betrachtet werden. Wettbewerb ist nur dann Wettbewerb, wenn man für das gleiche Problem mehrere Lösungen für denkbar hält. Kommunikation ist nur dann Kommunikation, wenn man von kausalen Notwendigkeiten abweichen kann und Überraschungen möglich sind. Lebensformen können sich selbst nur deshalb als solche verstehen, weil auch andere Formen ebenso denkbar wie legitim sind. Und politisch sind Lösungen dann, wenn sie in Wettbewerb mit anderen Lösungen treten können. Wo das nicht der Fall ist, ist das liberale Programm moderner Staatlichkeit und Politik gescheitert.

Liberale Politikprogramme

Parteien und ihre Programme sind nun gewissermaßen Institutionen, also auf Dauer gestellte Muster, die vor allem davon leben, dass sie die Heterogenität des Gesellschaftlichen im politischen System sichtbar machen können: Das eher konservative Politikelement setzt

Antirassismus, Schutz des Exzentrischen, Meinungsfreiheit, Wissenschaftsfreiheit etc. Das sind klassische liberale Werte, die auf die Heterogenität des gesellschaftlichen Personals zielen. Zeiten, in denen solche Freiheiten explizit infrage gestellt werden - ja, es sind die unsrigen -, müssten goldene Zeiten für Liberale sein!

Zugleich müssen wir feststellen, dass es neben der sozialen auch eine sachliche oder operative Ebene von Heterogenität in modernen Gesellschaften gibt. Soziologisch nennt man das „funktionale Differenzierung“, also die Ausdifferenzierung von Funktionen, die je unterschiedliche Aufgaben für die Gesellschaft erfüllen und damit auch ganz unterschiedliche Erfolgsbedingungen haben. Um es einfach auf den Begriff zu bringen: Wer politisch handelt, muss andere Probleme lösen als jemand, der etwas auf Märkten verkauft oder für Märkte produziert. Es sind unterschiedliche Erfolgsbedingungen, die das Handeln bestimmen, und es sind vor allem unterschiedliche Publika, vor denen man überzeugen muss. Und buchstäblich unterscheiden sich die Währungen solcher Transaktionen. Man kann das weiterführen: Rechtliche Regulierungen folgen anderen Bedingungen als rein moralische. Die Lösung wissenschaftlicher Probleme unterscheidet sich von denen unternehmerischer oder politischer Natur. Das Schöne, das Wahre und das Gute sind nicht in eins zu bringen. Es ist vielmehr der Traum aller radikalen Ideologien, diese Differenzen aufzuheben - linke Ideologien laborieren dann an einer Totalpolitisierung der Märkte, der Wissenschaft, der Kultur, sogar des Religiösen. Und rechte Ideologien setzen auf unbegründbare Zugehörigkeitsformen



und unbedingte Solidarität mit den und mit dem Eigenen. Beide scheitern an der Komplexität der Gesellschaft - wie auch die Mitte-Politik der letzten Jahre daran gescheitert ist, innerhalb der komplexen Differenziertheit der Probleme mit heterogenen Alternativen aufzuwarten.

Anderes könnte der Liberalismus anbieten: Von einem modernisierten Liberalismus darf erhofft werden, eine Denkart zu etablieren, die die sachliche Heterogenität der Gesellschaft aufnimmt, und zwar nicht nur die sozialer Gruppen, sondern auch die Heterogenität der Funktionen. Wie lassen sich politische Regulierungsnotwendigkeiten und ökonomische Dynamik neu aufeinander beziehen? Wie kann man wissenschaftliche Erkenntnisse in unternehmerische und politische Konzepte übersetzen? Wie können Eliten aus den verschiedenen Sphären der Gesellschaft miteinander ins Gespräch kommen? Wie lässt sich von solchen Akteuren erwarten, dass sie ein reflexives Verhältnis zu sich selbst aufbauen können? Und wie lässt sich die Naivität vermeiden, als ginge es hier um einen allgemeinen Konsens?

Die Anmaßung der Zentralperspektive brechen

Sind diese Fragen zu abstrakt? Ja, das sind sie. Aber es sind die Fragen, die unmittelbar das Erbe des politischen Liberalismus seit John Locke aufnehmen. Es sind Fragen einer Neuübersetzung des Problems der Heterogenität auf eine Gesellschaft, die sich nicht mehr einzig auf die eingespielten Routinen ihrer nationalstaatlichen Institutionen verlassen kann. Es sind Fragen, wie Eliten in die Lage versetzt werden, die Differenziertheit der Gesellschaft nicht zu bekämpfen oder als Störung anzusehen, sondern als Chance für den Wettbewerb der Ideen. Es sind Fragen, die deshalb liberal sind, weil sie von dem Gedanken beseelt sind, dass keine der Perspektiven, weder die politische noch die ökonomische, weder die wissenschaftliche noch die religiöse, weder die rechtliche noch die ästhetische eine Zentralperspektive (oder: alternativlos) ist.

Friedrich August von Hayek war kurz davor, dafür den entsprechenden Algorithmus anzubieten: Strukturen dadurch zu verändern, dass man radikal darauf setzt, die Anmaßung einer Zentralperspektive zu brechen. Heute sollte man das nicht mehr nur zum Schutze der Märkte tun, sondern übers Ökonomische hinaus in Anerkennung der Heterogenität einer Gesellschaft, deren Zentralinstanzen eben keine zentralen Instanzen sind, sondern sich in permanentem Widerstreit befinden. Genau das ist doch der Versuchsaufbau, für den sich Liberale immer interessiert haben! Und es wäre womöglich auch eine Erweiterung dessen, was bis heute Demokratie hieß: nicht nur die Repräsentation von Gruppen und Interessen, sondern auch die Repräsentation und Berücksichtigung der Heterogenität der gesellschaftlichen Funktionen in einem System ohne Zentrum und ohne Spitze.

Der Wettbewerbsvorteil eines modernisierten Liberalismus müsste diese unbedingte Parteinahme für Heterogenität sein - nicht



nur auf Märkten oder im Hinblick auf Lebensstile und Lebensformen, sondern auch gesellschaftlich im Hinblick auf die Heterogenität von Aufgaben, Funktionen, Professionen und Problemlösungstools. Auch wenn aktuelle Wahlen vielleicht durch die Lösung konservativer Bezugsprobleme gewonnen werden, das operative Problemlösungspotenzial für eine moderne komplexe Gesellschaft braucht eine liberale Denkungsart im angedeuteten Sinne.

Hayek hatte völlig recht damit, dass Politik manche Probleme womöglich nicht lösen kann, weil ihre Erfolgsbedingung in Wahlen und in ihrem Erscheinungsbild in der öffentlichen Meinung oftmals dem sachlich Notwendigen widerspricht. Manche Themen etwa sind in Wahlkämpfen nur um den Preis der Nichtwählbarkeit kommunizierbar. Aus diesem Dilemma gibt es keinen systematischen Ausweg. Daraus einen antipolitischen Schluss zu ziehen, wäre aber völlig falsch. Die liberale Alternative zum Status quo ist nicht die Abschaffung des Politischen, sondern das Ernstnehmen der Vielfalt und der Anspruch, ihre Vorteile publik und sie selbst nutzbar zu machen, wo immer es geht. ●

Der Text ist eine Übernahme aus *Schweizer Monat* – November 2017

ARMIN NASSEHI ist Professor für Soziologie an der Universität München. Im Juli dieses Jahres regte er mit seinem Essay „Eine Linke braucht es nicht mehr“ in der *Zeit* einen Streit über zeitgenössische Parteipolitik an. Zuletzt von ihm erschienen: „Die letzte Stunde der Wahrheit. Kritik der komplexitätsvergessenen Vernunft“ (Murmans, 2017).

@ redaktion@libmag.de



VON WOLF-DIETER HASENCLEVER

Bildung als Bürgerrecht: neue Impulse durch Digitalisierung und Entrepreneurship Education



1965 hatte Ralf Dahrendorf richtungsweisend Bildung als Bürgerrecht gefordert und die weiterführende Ausbildung mit einbezogen: „Jeder Mensch hat ein Recht auf eine intensive Grundausbildung, die ihn befähigt, von seinen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten wirksamen Gebrauch zu machen.“ Und: „Jeder Mensch hat ein Recht auf eine seiner Leistungsfähigkeit entsprechende weiterführende Ausbildung.“ Heute sollten wir indes hinzufügen: Jeder Mensch hat die Pflicht, sich an Bildungsangeboten aktiv zu beteiligen, die seinen Anlagen und seinem Leistungsvermögen angemessen sind.

Warum ist diese Erweiterung geboten? Wir leben in einer Zeit vielfältiger Umbrüche, die unsere gesamte Gesellschaft betreffen. Das Leben des Einzelnen ist ebenso wie die politische Gemeinschaft auf allen Ebenen davon berührt. Die rasante Digitalisierung, die alle Lebensbereiche beeinflusst und verändert, erfordert neue Kompetenzen jedes Einzelnen in jedem Lebensalter. Das McKinsey Global Institute schätzt in der Studie „Jobs lost, jobs gained: Workforce transactions in a time of automation“ von 2017 den Wandel in

Deutschland so ein, dass bis 2030 bis zu zwölf Millionen Arbeitsplätze wegfallen beziehungsweise sich grundlegend wandeln werden. Neue Berufsbilder werden hinzukommen. Ein wesentlicher Treiber dieser Entwicklung ist der zunehmende Einsatz von sogenannter künstlicher Intelligenz (KI). Die Fähigkeiten von KI-Systemen werden in Zukunft nicht mehr direkt programmiert, vielmehr werden ihre Fähigkeiten, das heißt ihre steuernden Algorithmen, durch Lernen der KI selbst erworben. Selbstverständlich werden Menschen weiterhin programmieren, aber nur, wie die KI lernen soll und wie das Gelernte dann in Aktionen umgesetzt wird. Die sozialen und damit gesellschaftlichen Auswirkungen dieses Wandels können kaum überschätzt werden. Nur gut ausgebildete, flexibel und selbstständig denkende Menschen können die daraus resultierenden Aufgaben bewältigen.

Die digitale Wende ist jedoch nur eine von vielen zentralen Herausforderungen. Das weltweite Versorgungs-, Hunger- und Gesundheitsproblem, die schleppende wirtschaftliche Entwicklung vieler Länder, die Terrorismusgefahr und das gestiegene Maß an Unsicherheit bei der bisherigen internationalen Ordnung bedürfen grundlegend neuer wirtschaftlicher, sozialer und politischer Ansätze. Die unbestreitbar notwendige Nachhaltigkeitstransformation der Wirtschaft erfordert eine Fülle von Innovationen, vor allem aber auch couragierte Menschen, die neue Ansätze verfolgen. Die 17 Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung, wie zum Beispiel nachhaltiger Konsum und Produktion, weniger Ungleichheit und Klimaschutz, die auf dem Gipfel 2015 in New York einstimmig beschlossen worden sind, setzen einen hohen Maßstab bei Umfang und Tempo der nötigen Veränderungen.

Politik und Verwaltung sind auf eigenwillige, kreative Köpfe angewiesen, die eingetretene bürokratische Pfade verlassen und bereit sind, neue Wege bei Vorschriften und Gesetzen, bei Organisation und Kompetenzverteilung zu gehen. Gerade in Deutschland mit seiner eher auf Sicherheit und einem engmaschigen Netz von Verwaltungsvorschriften gegründeten Arbeitswelt ist hier noch Erhebliches zu leisten.

Eine für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zentrale Aufgabe ist daher, die vorhandenen Blockaden gegenüber neuen Ansätzen zu überwinden. Gebraucht wird eine Durchdringung der schon bestehenden Unternehmen und Organisationen mit einem „Entrepreneurial Spirit“, mit „Agenten des Wandels“, die Impulse und Innovationen im Hinblick auf den Weg in eine nachhaltige Wirtschaft entwickeln und durchsetzen.

Es gibt nun keinen anderen bekannten Weg als den der Bildung, Ausbildung und Weiterbildung, um die Qualifikationen zu schaffen, die zur Bewältigung der gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen nötig sind. Daher begründet sich die Forderung nach einer - zumindest moralischen - Bildungsverpflichtung, die über das Recht auf Bildung hinausgeht: Wer als Teil dieser Gesellschaft an Infrastruktur, zahlungsfreien Bildungsangeboten, Sicherheitskräften, Krankenversorgung und anderen Sozialleistungen teilhaben will, muss nach jeweils individuellen Kräften zu ihrer Zukunftsfähigkeit beitragen, auch um der kommenden Generationen willen. →



**Leider ist unser
aktuelles Bildungs-
wesen und
insbesondere das
Schulsystem auf
die Zukunft nur
sehr unzureichend
vorbereitet.**

Einzelnen im Hinblick auf sein zukünftiges Leben möglichst optimal ausrüsten und zugleich der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft dienen, können „Bildung als Bürgerrecht“ verwirklichen und „Bildung als Bürgerpflicht“ rechtfertigen.

Es gibt zweifellos in unserem Land viele Schulen und Initiativen, die sogenannte Leuchtturmprojekte durchführen, erwähnt seien die UNESCO-Projektschulen, die „Club of Rome“-Schulen und andere. Aber wegen des Mangels an politischem Gestaltungswillen und der durch den Bildungsföderalismus bestehenden Länderschranken fehlt es an Breitenwirkung. Die 2006 aufgrund der entsprechenden Mitteilung der EU-Kommission verabschiedete Oslo-Agenda „Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln“ hat bedeutende praktische Reformschritte vorgeschlagen, die in Deutschland kaum realisiert wurden. Entrepreneurship Education hat längst bewiesen, dass sie besonders in Verbindung mit informatischen Elementen für die Verwirklichung einer zukunftsorientierten Bildung ein Königsweg sein kann, und zwar für alle Schularten. Die so nötige, aber in der Schule bislang kaum vorkommende wirtschaftliche Allgemeinbildung wird dabei motivierend und geradezu spielerisch vermittelt. So werden in diversen Bundesländern zum Beispiel seit 2004 durch das „Network For Teaching Entrepreneurship (NFTE Deutschland e. V.)“ Lehrkräfte in dreitägigen Kursen zu Entrepreneurship-Lehrerinnen und -Lehrern fortgebildet und mit einem innovativen Curriculum für ihre Kurse versehen, finanziert durch private Stiftungen und Wirtschaftsministerien. Eine wirksame Unterstützung durch die Kultusministerien wäre aber dringend erforderlich, um das Schul-

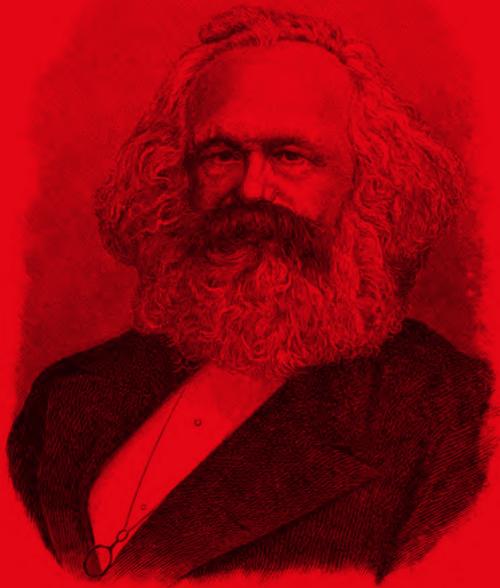
wesen und auch die Ausbildung insgesamt entsprechend zu modernisieren.

Wie sehr Entrepreneurship Education in Verbindung mit informatischer Bildung die Ziele einer Bildung für das 21. Jahrhundert abdeckt, wird durch das „Trio-Modell der Entrepreneurial Education“ deutlich, an dem das österreichische Vorstandsmitglied von NFTE Deutschland maßgeblich mitgewirkt hat. Dieses Modell wurde im Rahmen eines Erasmus-Programms der Europäischen Union entwickelt. Es lässt sich in die drei Kernbereiche „Core Entrepreneurial Education“ (Entwicklung und Umsetzung eigener Ideen für unternehmerische und private Herausforderungen), „Entrepreneurial Culture“ (Förderung einer Kultur der Selbstständigkeit, der Offenheit für Neuerungen, der Empathie und Nachhaltigkeit sowie einer ermutigenden Beziehungs- und Kommunikationskultur) sowie „Entrepreneurial Civic Education“ (Stärkung einer Kultur der Mündigkeit, Autonomie und Verantwortung für gesellschaftliche Herausforderungen durch die Entwicklung von Ideen und das Engagement bei der Umsetzung) unterteilen. Durch diesen Ansatz können die Ziele der vier Bildungsdimensionen, insbesondere das Ziel der Persönlichkeitsstärkung erreicht werden.

Warum aber muss informatische Bildung unbedingt integriert werden? Informatische Modellierungen bieten einen neuartigen Zugang zur Welt, „sie erlauben es, ausgedachte Modellierungsszenarien in lauffähige Informatiksysteme umzusetzen“ (Humbert et al. 2016). Darüber hinaus sind Ideenfindung, Ideenvergleich und das Gewinnen von Informationen über den nationalen Rahmen hinaus, kritische Internetrecherche und kontinuierliche Optimierung von Geschäfts- oder Organisationsideen organische Bestandteile der Entrepreneurship Education. Überlegungen zum Persönlichkeits- und Datenschutz ergeben sich zwanglos aus den Problemstellungen ebenso wie die Diskussion ethischer Grundlagen des Wirtschaftens. Das Ziel ist, verantwortliche, selbstbewusste Persönlichkeiten zu bilden, die in der Lage und willens sind, ihr Leben in die eigene Hand zu nehmen und mit den Herausforderungen der Zukunft kreativ und innovativ umzugehen. Solche Persönlichkeiten sind weit entfernt von verängstigtem Wutbürgertum und postfaktischer Hetzerei und tatsächlich in der Lage, den von Dahrendorf seinerzeit eingeforderten wirksamen Gebrauch ihrer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten auszuüben. Entrepreneurship Education in Verbindung mit informatischer Bildung ist somit eine wesentliche Voraussetzung zur Entwicklung des dringend benötigten Entrepreneurial Spirit (Audretsch) in unserer Gesellschaft. Sie bildet den Kern eines grundlegend neuen Ansatzes der Bildung für eine zukunftsfähige Gesellschaft. ●

WOLF-DIETER HASENCLEVER ist Pädagoge und war von 2008 bis 2010 Präsident des Niedersächsischen Amtes für Lehrerbildung und Schulentwicklung. Seit November 2010 ist er selbstständiger Politik-, Projekt- und Unternehmensberater.

@ redaktion@libmag.de



KARL MARX WAS BLEIBT VOM „KAPITAL“?

Zehn Thesen und ein Fazit
von Karl-Heinz Paqué

MARX UND SEINE FOLGEN IM RÜCKBLICK

1. Wissenschaft: Marx lag falsch.

„Das Kapital“ ist ein grandioses Werk der volkswirtschaftlichen Theoriegeschichte. Seine zentralen Thesen und Prognosen können aber heute als widerlegt gelten. Insbesondere seine Lehre des objektiven (Arbeits-)Werts der Waren sowie das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, der zum Niedergang des Kapitalismus führe, wurden nicht bestätigt.

2. Philosophie: Marx versuchte Unmögliches.

Karl Popper warf Marx (wie schon Hegel) zu Recht vor, ein „Historizist“ zu sein, das heißt zu versuchen, eherner Gesetze der Geschichte nachzuweisen – aufgrund von theoretischen Überlegungen und historischen Spekulationen. Eben dies ist nach Poppers kritisch rationalistischer Auffassung unmöglich. Vieles spricht dafür, dass Popper recht hat.

3. Zeitgeschehen: Marx war Gelehrter der Industrialisierung.

Marx war kluger Zeitzeuge der gewaltigen Kapitalbildung („Akkumulation“) im Zuge der industriellen Entwicklung des 19. Jahrhunderts. Seine Lehren sind deshalb – stärker als die anderer großer Ökonomen – geprägt durch seine Beobachtungen, die er mit höchst weitreichender theoretischer Fantasie verarbeitete. Darin liegen aber auch ihre Grenzen.

4. Politik: Die Praxis des Marxismus ist gescheitert.

Auf Marx geht die Idee der sozialistischen Revolution zurück. Ihr Kern war dabei die „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel sowie die Abschaffung der Marktwirtschaft zugunsten einer Zentralverwaltungswirtschaft. Diese scheiterte in der Praxis an Ineffizienz und Innovationsschwäche. Politisch brachte sie ein hohes Maß an Freiheitsbeschränkung.

5. Erbe: Postsozialistische Länder haben es weiter schwer.

Seit den Neunzigerjahren gibt es nur noch vereinzelt sozialistische Staaten mit zentraler Wirtschaftsverwaltung – zu nennen sind Kuba, Nordkorea und Venezuela. Jene Länder, die von der Staats- zur Marktwirtschaft übergingen, haben mit langfristigen „Flurschäden“ als Erbe zu kämpfen. Dazu zählt auch der Osten Deutschlands als Nachfahre der DDR.

Illustration: The Print Collector/Heritage-Images

MARX UND DIE HEUTIGEN HERAUSFORDERUNGEN

6. Wissen und Technologie sorgen für globales Wachstum.

Triebkraft des Wachstums moderner Volkswirtschaften ist nicht mehr die Akkumulation von Kapital im Sinne von Marx. Für den Fortschritt sorgen stattdessen Forschung und Entwicklung, die marktwirtschaftlich gelenkt und vielerorts staatlich gefördert werden. Dies gilt für reife „Industrieländer“, aber auch für „emerging market economies“. Diese holen auf.

7. Die Globalisierung fördert Wachstum, aber auch Instabilität.

Alle Märkte, aber vor allem die Finanzmärkte sind zunehmend weltweit integriert – dank auch der gewaltigen Fortschritte der Digitalisierung. Dies schafft für alle Länder große Chancen, aber auch neue Risiken der spekulativen Blasen. Diese gab es zwar auch im 19. Jahrhundert zu Zeiten von Marx; sie waren aber industriegetrieben und eher national begrenzt.

8. Gefährliche Marktmacht entsteht durch weltweite Netzwerke.

Die Digitalisierung sorgt für neue Geschäftsmodelle. Es entstehen globale Großkonzerne der Informationstechnologie, deren Kapital aus Wissen (und nicht Anlagen) besteht. Dies schafft eine neue Dimension von Marktmacht. Der Finanzbedarf ist dabei geringer als in der ersten Industrialisierungsphase. Dies führt – zusammen mit demografischen Trends – zu weltweit niedrigen Zinsen.

9. Es gibt Tendenzen zur Spaltung der Gesellschaft.

Digitalisierung und Globalisierung bergen die Gefahr in sich, die Gesellschaft zu spalten. Darunter leidet heute die Mittelschicht, deren intellektuelle Routinearbeit durch Informationstechnologie oder Standortverlagerung bedroht ist. Komplexe Führungsaufgaben, aber auch persönliche Dienstleistungen sind weniger betroffen. Die gesellschaftlichen Strukturen, die Marx vorfand, waren im Vergleich dazu völlig andere.

10. Globale ökologische Grenzen verlangen Zusammenarbeit.

Die Größe der Weltbevölkerung und der steigende Pegel ihres Entwicklungsniveaus führen die Weltwirtschaft an die ökologischen Grenzen. Dies ist eine relativ neue Entwicklung, die unvorstellbar war in den Jahren, in denen Marx gelebt hat. Es bedarf deshalb multilateraler Abkommen unter anderem zur Stabilisierung des Ausstoßes von Treibhausgasen und zur Rettung der Weltmeere.

FAZIT: LEBENSCHANCEN STATT REVOLUTION, RALF DAHRENDORF STATT KARL MARX

Karl Marx, der in diesem Jahr seinen 200. Geburtstag feiern würde, war ein großer Intellektueller mit großen Gedanken. Aus seinen Irrtümern und deren gesellschaftlichen Folgen haben wir – hoffentlich – eines gelernt: Im Zeitalter der Globalisierung müssen die Herausforderungen durch Reformen bewältigt werden. Das Ziel (frei nach Dahrendorf): für mehr Menschen mehr Lebenschancen!

KARL-HEINZ PAQUÉ ist stellv.

Vorstandsvorsitzender der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Als Professor der Volkswirtschaftslehre hat er großen Respekt vor der Lebensleistung von Karl Marx. Gleichwohl gilt für ihn: Marx lag falsch.

@ redaktion@libmag.de

ARENA



A photograph of a woman with short reddish-brown hair, wearing a grey jacket, standing in profile and looking out a large window. The window is divided into four panes. The view outside is a bright, overcast sky with some faint outlines of buildings. The room is dark, with the window providing the main source of light.

Wolfgang Kubicki über die wirklichen Gründe für das Scheitern der Jamaika-Verhandlungen

JETZT KLARTEXT

Soli, Vorratsdatenspeicherung, Bürokratieabbau - es gab etliche Punkte, die nicht mal ansatzweise gelöst waren. Da machte weiteres Verhandeln keinen Sinn.



Selten war so viel Unehrllichkeit im Spiel. Als die Delegation der Freien Demokraten in jener dramatischen Nacht vom 19. auf den 20. November des vergangenen Jahres die baden-württembergische Landesvertretung verließ, ergoss sich ein großer Kübel moralingeschwängerter Geringschätzung und Verachtung über die gesamte Partei.

Dass die deutsche Sozialdemokratie mit dieser Entwicklung nicht sonderlich zufrieden war, war hierbei noch nachvollziehbar - denn sie hatte nun an einer Neudefinition ihrer staatspolitischen Verantwortung selbst schwer zu tragen. Dass aber Schwarze und Grüne sich ihrer gegenseitigen Zuneigung selbstvergewissernd in den Armen lagen und über die angeblich verantwortungsvergessenen Liberalen schimpften, war angesichts der Sondierungs-Dramaturgie eher überraschend. Nun war der gemeinsam vorgebrachte Vorwurf zu hören, eigentlich seien alle Beteiligten doch unmittelbar vor dem Abschluss der Gespräche gewesen.

Dies ist und war allerdings falsch. Denn hinter den bereits viel zitierten 237 eckigen Klammern steckten gewichtige Punkte, die nach über vier Wochen Sondierungen noch immer nicht ansatzweise einer Lösung nahe waren.

Den Freien Demokraten ist anschließend vorgeworfen worden, sie hätten doch zum Beispiel in einem ihrer Kernbereiche - bei der Vorratsdatenspeicherung - greifbare Fortschritte erzielt. Die von der

Union angebotene Lösung war dann auch immerhin die anlassbezogene Speicherung. Allerdings wollte die Union so viele Anlässe schaffen, dass dies keinen bürgerrechtlichen Fortschritt gebracht hätte. Weiß man hierzu, dass wir derzeit überhaupt keine Vorratsdatenspeicherung haben, weil das Oberverwaltungsgericht Münster die von Union und SPD eingeführte Regelung für europarechtlich unzulässig erklärt hat, hätten wir also mit dem neuerlichen Unionsvorschlag tat-

sächlich einen datenschutzrechtlichen Rückschritt - der in alter CDU-Manier allerdings als Fortschritt verkauft werden sollte. Es war schon damals erstaunlich, dass die Grünen diesen Weg jubelnd als „bürgerrechtlichen Durchbruch“ mittragen wollten. Wir wollten das nicht.

Der echte Wille zur Veränderung fehlte bei vielen Beteiligten

Die Abschaffung des Solidaritätszuschlags - der ja immer als zeitlich begrenzte Maßnahme propagiert wurde - war für die Freien Demokraten ebenfalls ein sogenannter „harter“ Punkt. Das war für alle Beteiligten nie ein Geheimnis. Wir wähten in dieser Frage größere Teile der Union hinter uns. Nach Wochen des fruchtlosen Ringens war der letzte von den Freien Demokraten vorgebrachte Kompromiss, die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger in Höhe von 20 Milliarden Euro durch den kommenden Finanzminister, mithilfe von wachstumsbedingten Steuerermehreinnahmen einzutreiben. Ohne Steuererhöhungen selbstverständlich. Und gelänge das nicht, hätte der Minister die Torte im Gesicht. Die CSU wäre zu diesem Schritt bereit gewesen. Die Grünen und die CDU unter Angela Merkel nicht.

Am deutlichsten wurde die mangelnde Veränderungssehnsucht der CDU jedoch in der Frage des Bürokratieabbaus. Dass es seit vielen Jahrzehnten einen politischen Konsens in Deutschland gibt, über-



flüssige bürokratische Regelungen abzubauen, bedeutete zu meiner Überraschung jedoch nicht, dass alle politischen Entscheidungsträger hierzu auch tatsächlich bereit sind.

Und wir haben es an vielen Punkten versucht. Ob es um die Reduzierung der Dokumentationspflicht beim Mindestlohn ging, um Erleichterungen bei der Mietpreisbremse, um die Planungsbeschleunigung großer Bauvorhaben, um eine Reduzierung der Bauvorschriften oder um eine Flexibilisierung der Arbeitszeitverordnung: Am Ende lief es stets darauf hinaus, dass die Grünen eine bürokratische Verschärfung haben wollten und die Kanzlerin salomonisch wie positionslos erkannte: „Gut, dann bleibt es, wie es ist.“ Mir ist keine Forderung der CDU erinnerlich, für die sie in den Sondierungen beherzt gestritten hat.

Bei der Aufhebung des Kooperationsverbotes traten nicht nur die schwarzen Ministerpräsidenten Bouffier und Seehofer mächtig auf die Bremse. Auch der grüne Premier Kretschmann vertrat - entgegen der Parteilinie - die Vetofraktion. Wer gehofft hatte, im Bildungsbereich könnten wir zu greifbaren Fortschritten kommen, wurde vom schwarz-grünen Block enttäuscht. Wir wollten zwölf Milliarden Euro für die Digitalisierung der Schulen, die Grünen zwölf Milliarden für die energetische Sanierung von Gebäuden.

Es mangelte am gegenseitigen Respekt

Irrsinnig und irrwitzig wurde die Diskussion jedoch bei der Energiepolitik. Dass die Freien Demokraten von den Ministerpräsidenten Haseloff und Laschet gebeten wurden, gegenüber der Kanzlerin nicht einzuknicken, um die Industriestandorte in der Lausitz und an der Ruhr zu schützen, war schon ziemlich bemerkenswert. Dass aber die Grünen zur Einhaltung der nationalen Klimaziele nicht nur bereit waren, den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv zu gefährden, sondern dafür auch Atommeiler im benachbarten Ausland verstärkt in Anspruch zu nehmen, war für mich zugegebenermaßen vorher nicht vorstellbar.

Angela Merkel und Peter Altmaier erklärten zu diesem Zeitpunkt noch: Die nationalen Klimaziele seien definitiv bis 2020 einhaltbar. Wenige Wochen später hieß es aus den Verhandlungen zwischen Union und SPD dann: Die nationalen Klimaziele sind natürlich nicht bis 2020 einhaltbar. Wohl dem, der seine politischen Vorstellungen nach dem Wind ausrichtet.

Anders, als ich dies bei den erfolgreichen Jamaika-Verhandlungen in Kiel erlebt hatte, fehlte in Berlin der gegenseitige Respekt. Die Freien Demokraten haben sich während der Verhandlungen mit keiner Silbe negativ über die Gesprächspartner ausgelassen. Dies war auf der anderen Seite leider nicht so. Wenn mögliche Kooperationspartner als „unmenschlich“ bezeichnet werden, dann ist es schwer vorstellbar, dass es eine tragfähige Vertrauensbasis für vier Jahre geben kann.

Wenn man merkt, dass eine politische Veränderung in der Regierung nicht möglich wird, dann hat man die Wahl: Will man trotzdem in die Regierung um des Regierens willen, oder versucht man, politische Veränderungen wenigstens aus der Opposition heraus zu bewirken. Wir haben uns für die zweite Variante entschieden. Dass wir den Tisch verlassen haben, war keine Entscheidung

von Christian Lindner, es war eine Entscheidung von uns allen. Denn anders als die CDU sind die Freien Demokraten nicht in die Bundestagswahl mit dem Ziel gegangen, Angela Merkel zur Kanzlerin zu wählen. ●

Will man in die Regierung um des Regierens willen, oder versucht man politische Veränderungen aus der Opposition zu bewirken. Wir haben uns für die zweite Variante entschieden.

WOLFGANG KUBICKI ist stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. In dieser Funktion gehörte er zum engen Kreis derjenigen, die unmittelbar an den Sondierungsgesprächen zwischen CDU/CSU, Grünen und FDP beteiligt waren. Kubicki ist seit September 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, wo er das Amt des Bundestagsvizepräsidenten bekleidet.

@ redaktion@libmag.de



Macht als sexuelles
Druckmittel: Der Filmprodu-
zent Harvey Weinstein
besucht mit der Schauspiele-
rin Milla Jovovich eine Moden-
schau in Paris im Jahre 2009.

Metoo

DER EROS GERÄT IN VERRUF

Die Metoo-Diskussion droht sich zu verselbstständigen und Frauen und Männer auseinanderzudividieren.

VON PETER HEIN

Harvey Weinstein, Kevin Spacey, Dustin Hoffmann, Dieter Wedel - die Liste der Filmgrößen, die sich offenbar über Jahre und Jahrzehnte hinweg sexuell übergriffig gegenüber Frauen und Männern, teilweise sogar gewalttätig verhalten haben, ist beeindruckend wie illuster. Auffällig alte Männer sind es allesamt, deren beste Zeit ebenso lange zurückliegt wie die Hochphase ihrer Macht. Eine Macht, die ihnen ihre Übergriffe erlaubte und wirksam verhinderte, dass die Betroffenen in die Öffentlichkeit gingen - aus Scham und Furcht, als Lügner dazustehen. Eine Macht, die Geldgeber, Geschäftspartner und Angestellte wegschauen ließen. Allerdings waren die Eskapaden und narzisstischen Ausfälle der Altmachos auch gesellschaftlich toleriert. Als zum Beispiel Dieter Wedel Ende der 1990er-Jahre den „König von St. Pauli“ drehte, machten in der Boulevardpres-

se Berichte die Runde, nach denen der Star-Regisseur seine damalige Hauptdarstellerin Julia Stemberger mit recht unkonventionellen Mitteln dazu gebracht hatte, sich dem Fernsehpublikum in einer Stripszene mehr als offenherzig zu präsentieren. Damals wurde das mit einem Schulterzucken quittiert. Heute wäre ein Shitstorm das Mindeste, was Wedel zu erwarten hätte. Aber früher war es eben anders.

Unter dem Begriff #MeToo wird heute darüber debattiert, wie es Frauen und Männer miteinander halten wollen und sollen - und welche Rolle Macht dabei spielt. Nicht jeder Gedanke, der dabei in die Diskussion geworfen wird, ist unbedingt klug - wie etwa der, dass die Frauen, die zum Vorsprechen abends ins Hotelzimmer oder Büro der genannten Herren gebeten wurden, doch hätten wissen müssen, was da auf sie zukommt. Das wäre in etwa Stand der Diskussion der 1970er-Jahre, wonach Frauen, die nachts unterwegs sind und einen Minirock tragen, es selbst schuld seien, wenn sie vergewaltigt werden.

Die US-Schauspielerin Sharon Stone hat dem indirekt einen ebenso klugen wie vielsagenden Kommentar entgegengesetzt: Sie reagierte mit einem lauten Lachen auf die Frage eines CBS-Reporters, ob sie in Hollywood schon einmal „in einer unangenehmen Situation“ gewesen sei. „Ich bin seit 40 Jahren in diesem Geschäft. Können Sie sich das Geschäft vorstellen, in das ich vor 40 Jahren hineingekommen bin? So, wie ich ausgesehen habe?“, sagte die 60-Jährige.

Es muss nicht immer Macht und Geld sein

Ironischerweise gibt es im wohl bekanntesten Film mit Stone, dem Thriller „Basic Instinct“, eine explizite Szene, in der Michael Douglas seine Filmpartnerin Jeanne Tripplehorn quasi vergewaltigte. Douglas spielt einen Detective, Tripplehorn seine Psychologin. Auch wenn es eine fiktionale Erzählung ist - es müssen nicht immer Macht und Geld sein, die den Ton des sexuell Übergriffigen vorgeben. Mitunter ist es eben doch animalische, rohe Physis.

In die Debatte, die mit Vehemenz vor allem in den sozialen Medien geführt wird, mischen sich zunehmend besorgte Stimmen. Anfang des Jahres haben die französische Filmschauspielerin Catherine Deneuve und weitere Frauen in einem Gastbeitrag für die Tageszeitung *Le Monde* vor einer Verselbstständigung der Diskussion in Richtung eines pauschalen Männerhasses gewarnt, der „das Klima einer totalitären Gesellschaft“ erzeugt. Die Frauengruppe sorgt sich um den Verlust der sexuellen Freiheit in unserer Gesellschaft und mahnt ein differenziertes Betrachten an. „Vergewaltigung ist ein Verbrechen. Aber hartnäckiges oder ungeschicktes Flirten ist kein Delikt, und eine Galanterie auch keine



Ein Opfer von vielen: Die Schauspielerin Rose McGowan hat mit ihren öffentlichen Anschuldigungen gegen Film mogul Harvey Weinstein die #MeToo-Debatte ins Rollen gebracht.



Warnende Stimme: Die Schauspielerin Catherine Deneuve erinnert daran, dass ein ungeschickter Flirt nicht gleich eine Straftat ist.

chauvinistische Aggression.“ Deneuve und ihre Mitstreiterinnen, unter ihnen auch die Autorin Catherine Millet, verteidigen „eine Freiheit, jemandem lästig zu werden, die für die sexuelle Freiheit unerlässlich ist“.

Ihren französischen Geschlechtsgenossinnen zur Seite springt in Deutschland Barbara Vinken. „Der Brief der 100 Französinen hat recht, dass es eine Sprache über den Eros geben muss, in dem Frauen nicht Opfer, sondern Subjekte des Begehrens sind“, sagte die Professorin, die in München Romanistik lehrt, der *Süddeutschen Zeitung*. In #MeToo halt für sie der puritanische Diskurs nach, der Verführung ausnahmslos als Machtmissbrauch brandmarkt. Dennoch sagt sie klar: „Für den Kampf gegen Machtmissbrauch und Demütigung ist #MeToo wichtig. Aber wir müssen auch für eine Kultur der Verführung, für die Kunst der Libertinage, für die Freiheit der Liebe kämpfen.“ Wie viele andere stellt sie sich die Frage, wie Frauen und Männer überhaupt noch unbefangen zusammenkommen können. „Ich halte diese formalistische Vorstellung von Konsens für ein Todesurteil in Sachen Erotik ... wenn Männer nicht Liebhaber sein dürfen, die mit ihrer und unserer Stärke, die unsere Schwäche ist, umgehen können, ist es schlecht um die Kultur bestellt.“

Genies brauchen Frauen, um Genies zu sein

Einen aufschlussreichen Blick auf Macht aus weiblicher Sicht - vorzugsweise am Filmset - liefert Regisseurin Doris Dörrie in ihrem Gastbeitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. Darin weist sie darauf hin, dass das „männliche Genie immer

andere in einer betonharten Hierarchie um sich herum braucht, die dafür sorgen, dass das Genie in Ruhe Genie sein kann. Für Frauen gibt es noch die hübsche Funktion der Muse.“ In der aufgeregten Debatte stellt sie heraus, was vorübergehend unterzugehen drohte: nämlich „dass Frauen mitnichten die besseren Menschen sind. Es gibt Regisseurinnen, die richtig ekelhaft sind, und reizende Regisseure, die alles andere sind als Tyrannen“. Somit ist es auch nicht allein Männern vorbehalten, dem Reiz der Macht zu erliegen und daran festzuhalten: „Es gibt das Prinzessinnen-Syndrom, das manche Frauen befällt, die eine Machtposition innehaben, aber dort gerne die einzige bleiben wollen und deshalb wieder nur Männer beschäftigen“, hat Dörrie beobachtet.

So steht denn bei #MeToo auch die Frage im Raum, wie wir als Gesellschaft mit Macht umgehen wollen und mit den Menschen, die damit unterschwellig oder offen, sexuell subtil oder ungehemmt aggressiv agieren. „Nur nette Macht gibt es nicht, sonst wäre es nicht die Macht“, stellt Dörrie treffenderweise fest und verweist auf Frank Zappa. Der hatte einst gesagt: „The boss is always the asshole.“ Verbal gesehen nicht unbedingt gute Kinderstube, aber er trifft den Kern von Macht. „Das hat nichts mit Despotismus und Machtmissbrauch zu tun, sondern mit Ausfechten und Aushalten von Führungspositionen“, findet Regisseurin Dörrie. ●



Differenziert: Frauen sind nicht per se die besseren Menschen, meint Regisseurin Doris Dörrie. „Es gibt Regisseurinnen, die richtig ekelhaft sind, und reizende Regisseure, die alles andere sind als Tyrannen.“

PETER HEIN ist freier Journalist, ledig und objektiv gesehen in nicht mehr heiratsfähigem Alter. Die #MeToo-Diskussion verfolgt er von Anfang an und fragt sich mittlerweile, ob es noch möglich ist, einer Frau ein Kompliment zu machen, ohne dass dies gleich als subtile Form der sexuellen Belästigung wahrgenommen wird. redaktion@libmag.de

Umstrittene Verse: Das Gedicht „ciudad (avenidas)“ von Eugen Gomringer leuchtete ursprünglich von der Fassade der Alice Salomon Hochschule in Berlin. Vor einigen Wochen ist es nach Protesten von Studenten entfernt worden. Es erschien ihnen sexistisch – Kunst hin oder her. Jetzt hängt das Gedicht am Max-Liebermann-Haus im Zentrum der Hauptstadt – dort, wo es jeder sehen kann. Die Stiftung Brandenburger Tor möchte damit ein Zeichen für Toleranz und Freiheit der Kunst setzen.

Die spanische Originalfassung entstand 1953 und lautet übersetzt: „Alleen / Alleen und Blumen / Blumen / Blumen und Frauen / Alleen / Alleen und Frauen / Alleen und Blumen und Frauen und / ein Bewunderer“.



avenidas
avenidas y flores

flores
flores y mujeres

avenidas
avenidas y mujeres

avenidas y flores y mujeres y
un admirador

eugen gomringer
Alice Salomon Poetik Preis 2011

**EIN GEDICHT IST
EIN GEDICHT IST
EIN GEDICHT**

NANNY-STAAT

AUSTRALIEN



Von wegen Traumland. Australiens Regierung bevormundet Unternehmen und Bürger in allen Lebensbereichen, nur um sie vor Gefahren zu schützen. Rauchen, Trinken und Ernährungsangewohnheiten – alles will die Regierung regeln. Im Vergleich dazu ist Deutschland immer noch liberal. Doch auch hier droht Regulierungswahn.

VON THOMAS LUTHER





Verbote und Regeln gibt es in allen denkbaren Formen und Auswüchsen.





Es gab Zeiten, da stand Australien ganz oben auf der Liste deutscher Auswanderer. Sichere Arbeitsplätze und hohe Löhne waren und sind noch immer unschlagbare Pluspunkte. Dazu sind Immobilien zumindest in Randlagen und auf dem Land erschwinglich. Und nicht zuletzt lockt das Land mit einem lockeren, libertären Lebensgefühl, das von den Stränden in die hippen Viertel von Sydney und Melbourne herüberschwappt. So jedenfalls geht die Legende. Wen es jedoch allein wegen der angeblich grenzenlosen Freiheit auf den Fünften Kontinent zieht, dem droht ein unsanftes Erwachen. Denn die australische Regierung schreibt mit immer neuen Verboten und Regeln ihren Bürgern vor, wie sie ihr (privates) Leben zu verbringen haben, um sie vor staatlicherseits vermuteten Gesundheitsgefahren zu schützen. Für Lebensmittel gibt es ein Bewertungssystem. Fahrradfahren – nur mit Klingel und Helm. Sonst droht ein Bußgeld. Ein Barbesuch nach 22 Uhr in Sydney? Sorry, nicht möglich. E-Zigaretten – nicht bei uns! Und überhaupt Rauchen: Das ist in der Provinz Queensland verboten – nicht nur in öffentlichen Gebäuden, sondern auch in der Öffentlichkeit unter freiem Himmel. Die vielen Vorschriften und Regeln vergällen immer mehr Bürgern die Lebensfreude. Daher regt sich nun zunehmend Widerstand im Netz. Ein Nanny-Land, das seine Bürger immer mehr betüdelnd und in dem immer mehr Idioten unter den Politikern das Sagen haben – so lautet der Tenor des Shitstorms, der sich zusammenbraut. In Down Under jedenfalls ist die Stimmung auf dem Tiefpunkt. Vor diesem Hintergrund sind die Zustände in Deutschland geradezu paradiesisch. Doch Vorsicht! Auch hierzulande sind Regierungspolitiker immer mal wieder vom Aussi-Regulierungs-Virus befallen. Pflicht-Veggie-Day in Kantinen, komplettes Rauchverbot oder die Lebensmittelampel – Beispiele gibt es genug. Deshalb: Wehret den Anfängen!



BLEIBEN SIE GUT GELAUNT!

Man sollte sich vor humorlosen Menschen hüten. Jener Spezies, die schon beim morgendlichen Frühstück empfindet, dass die Sorgen der Menschen ihnen ganz allein gehören und dann auch den ganzen Tag über mit reichlich verkniffenem Gesicht anderen Menschen begegnen. Man erkennt sie sofort, unter Fußgängern, unter Autofahrern, aber immer häufiger unter Radfahrern. Diese Letzteren betrachten das Fahrrad anscheinend als besonderes Protestgerät zur Darstellung der Ernsthaftigkeit ihrer Gedankengänge, zudem noch ohne Schadstoffausstoß. Sie erlauben sich Fortbewegungen mit ihrem Gefährt, vom dem sie überzeugt sind, dass es in Bezug auf bestehende Verkehrsregeln unter einer Art von Welpenschutz steht.

Viele Freunde und Bekannte von mir sind diesen Meinungsbesitzern auf hohem Ross bereits begegnet. Ich stehe also mit meinen Beobachtungen nicht allein da. Im Gegenteil. Aus den Gesprächen, die ich führe, nehme ich eher den Eindruck mit, dass sich die entsprechenden Wahrnehmungen häufen. Die Übellaunigkeit und Aggressivität mancher Radfahrer, die mir wesentlich öfter begegnet ist als bei den von ihnen verachteten Autofahrern, treffe ich besonders in sogenannten Verdichtungsgebieten, weniger in ländlichen Regionen, in denen ich ganz oft ausgesprochen entspannte, fröhliche Pedaleure bemerke. In Einzelfällen trällern sie sogar Liedchen vor sich hin. Selbstverständlich gibt es in den Städten viele Radfahrer, die sich an Verkehrsregeln halten. Gut möglich sogar, dass diese vom Grundsatz her freundlichen, auf jeden Fall gesitteten Mitmenschen ganz einfach weniger auffallen als jener Typus von Kampftrählern, der Regelüberschreitungen als legitim ansieht, weil er ein besonders nachhaltiges Fahrzeug nahezu gottgefällig über die Straßen bewegt.

Ganz anders die Welt der Wiesen- und Flurradler. Um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Diese betreiben ihre Fortbewegungen durchaus auch mal flott - besonders dann, wenn sie von der eigenen Frau oder Freundin aufgefordert werden, etwas schneller und fester in die Pedale zu treten, in der Hoffnung, dadurch die

Fitness zu stärken. Die kleinen Zwischenspurts, die die entspannten Radler entgegen ihrem Typus vornehmen müssen, sieht man ihnen an. Sie gehen selbst kleine Hügel mit hochrotem Kopf an, so als wollten sie eine Lücke im Fahrerfeld bei der Tour de France zufahren. Manche behalten diesen Zustand bei, andere wiederum beruhigen sich nach erklommenem kleinem Gipfel hundert Meter über dem Meeresspiegel wieder. Wenn diese Attitüde ähnlich kämpferisch aussieht wie bei den Vorstadtradlern, richtet sich das aber nicht gegen andere. Es scheint nur ein Missverständnis im Umgang mit dem eigenen Körper und der eigenen Gesundheit zu sein.

Meine bescheidenen, kleinen anthropologischen Zwischenstudien zum „Humorstandort Deutschland“ mag manch Mitmensch schmunzelnd zur Kenntnis nehmen. Anderen werden sie aufstoßen. Denn nach Kurt Tucholsky sitzen die Deutschen immer auf dem Sofa und nehmen übel. Mir ist das offen gestanden wurscht.

Damit sind wir bei der Wurst, um die es immer wieder geht. Aber das ist ein ganz anderes Thema. Jedenfalls hat die Wurst als Lebensmittel ein ganz schlechtes Image. Sie gerät unter die eben behandelten Räder. Sie unterliegt im Meinungskampf mit dem Tee ohne Zucker, dem Salat ohne Dressing oder dem stillen Wasser um Längen. Eine schlimmere Ernährungssünde ist nur Alkohol. Ansonsten: auf keinen Fall Fleisch! Aktives Kochen gegen rechts - das ist schon lange keine Folge von gut gemeinten Ernährungsvorschlägen mehr, sondern ganz häufig milieutypisches Getue.

Es ist überraschend, was einem an der Schlange eines Buffets so alles zu Ohren kommt: Nichts erscheint gesund, und selbst wenn man am Ende eines schönen Abends bei einem Espresso sitzt, gilt man gleich als Umweltsünder, der sich neben dem Kapselkaffee auch zum Fracking bekennen könnte, wie es der Autor Jan Fleischhauer so treffend beschrieben hat.

Interessant sind medizinische Forschungsergebnisse, die in der einen Woche mal dieses und dann wieder jenes als besonders gefährliches Nahrungsmittel oder Essgewohnheit bezeichnen. Dem

Viele Freunde und Bekannte sind solcher Art von Meinungsbesitzern auf hohem Ross schon begegnet, sodass meine Beobachtungen so allein nicht stehen, wie mir entgegengehalten werden könnte.



widersprechen dann andere Wissenschaftler prompt in den folgenden Wochen. Meine Vermutung ist: Die Forscher und Absender solcher Studien und Untersuchungen suchen Follower. Jeder auf seine Art. Woher wissen manche Mitmenschen geradezu alles zum Beispiel zu Kräutertees? Ich verrate es Ihnen: Sie wissen vieles gar nicht so genau. Sie tun nur so, als ob. Sie wollen zur Speerspitze einer nach ihrer Auffassung gesunden Ernährungsbewegung gehören. Diese Menschen hat es bereits gewaltig geärgert, dass das Frühstücksei als Cholesterinschädling inzwischen freigesprochen wurde. Sie lehnen es ab, was bei ärztlichen Diagnosen Gewohnheit sein sollte: sich nämlich eine zweite Meinung einzuholen. Selbstmedikation übertrifft Fakten bei Weitem.

Veggie-Brathähnchen haben heute „eine verblüffend authentische Optik“ - so werden sie beworben. Doch was bitte ist daran natürlich? Da fragt man sich: Was ist so schlecht daran, sich eine Bratwurst oder einen Döner zu gönnen? Die sind schließlich von der Herkunft her ganz natürlich - auch wenn sie aus ganz anderen Ingredienzien bestehen. Hinter das Geheimnis werden wir nicht so schnell kommen. Das mag verstehen, wer will. Merkwürdig mutet es da an, dass die angeblichen Gesundesser ein simuliertes, postfaktisches Schnitzel gern haben und auch eine ebenso gestaltete Bratwurst. Aus meiner bäuerlichen Herkunft bereitet mir das „Original“ schon seit jeher mehr Genuss. Es ist so schön authentisch. Deshalb sollte jeder, der mit den Andersgläubigen gemeinsam isst, freundlich auf die wöchentlichen Talkshows verweisen, wo diesbezügliche Abhandlungen laufen. Dann erheben Sie das Glas Wein auf das Wohl aller und bitten darum, dass Handys ausgeschaltet werden. Sonst wird der Abend ungemütlich.

Der Umgang mit dem Handy verrät im Übrigen den Grad der Zivilisiertheit unserer Mitmenschen. Sie können, wenn Sie heute mit dem Zug fahren, wahlweise Gespräche unaufgefordert mithören, in denen über Geschäftspartner, Mitarbeiter, Untergebene oder Chefs geurteilt wird - so genau, dass Sie das Gefühl bekommen, Sie stu-

dierten gerade die Personalakte. Vertragsabschlüsse und geschäftliche Verhandlungen erfahren Sie direkt und wissen, was in den nächsten Tagen unterschriftsreif vorliegen soll. Auch von manch Familiärem wünscht man sich, es würde mit leiserer Stimme besprochen werden - vor allem in den Abteilen des Zuges, in denen das Telefonieren mit Handys untersagt ist. Selbst diejenigen Mitbürger, die eine Leseschwäche haben, müssten doch mit den an den Fensterrahmen klebenden Verbotsschildern zurechtkommen, oder?

Gerade in den Ruhezeiten wird aber auf Teufel komm raus telefoniert. Flüchten Sie in den Speisewagen, haben Sie keinen Schutz, kaum ist das Essen bestellt, macht sich der Tischnachbar laut telefonierend breit - ohne sich knapp zu fassen. Kein Zugbegleiter sagt auch nur ein Wort. Regeln gelten einfach nicht, und diejenigen, die darauf hinweisen, müssen Humor beweisen bei den Antworten, die sie bekommen. Wunderlich ist nur, dass viele dieser Menschen bei jeder Gelegenheit auf Datenschutz bestehen, gleichzeitig aber kein Problem damit haben, wenn sie diesen durch vertrauliche Telefonate in den Großraumabteilen deutscher Züge verletzen. Sprechen Sie doch einfach mal ab und zu einen dieser Personalaktentelefonierer mit der Bemerkung an, dass Sie den Mann oder die Frau gut kennen, über den oder die gerade so ausführlich gesprochen worden ist. Sie erzielen eine verblüffende Wirkung. Darf man eigentlich nach Telefonaten von Mitreisenden in der Bahn Fragen stellen, wenn einem was unklar geblieben ist? Haben Sie darüber schon einmal nachgedacht?

Weiterhin gute Fahrt!

WOLFGANG GERHARDT ist Vorsitzender des Vorstands der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit und Herausgeber von *liberal*.

@ redaktion@libmag.de

Übergriffige Sprachpolizei

Hierzulande entscheiden immer seltener Juristen, wenn die schmale Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Beleidigung überschritten zu werden droht. Das „Netzwerkdurchsetzungsgesetz“ verlagert die Entscheidung darüber in den vorjuristischen Raum. Facebook und Co. agieren zunehmend als eine vorgelagerte Sitten- und Sprachpolizei in eigener Sache. Ein bedenklicher Trend. Die Political Correctness hat nach Meinung von Ingo von Münch längst das hinnehmbare Maß überschritten. In seinem ebenso fakten- wie meinungsstarken Buch „Meinungsfreiheit gegen Political Correctness“ führt der emeritierte Völker- und Verfassungsrechtler sowie ehemalige zweite Bürgermeister von Hamburg zahlreiche Beispiele an, die zeigen, dass die vermeintlich richtige Gesinnung immer häufiger vorgeschrieben wird. Und das mitunter in vorausweisendem Gender-und-Co.-Gehorsam. Doch „die naturgegebene Verbindung von Sprache und Denken führt dazu, dass die Sprachpolizei zur Denkpolizei wird“, warnt von Münch. Sein Buch ist eine lesenswerte Warnung. Warnung auch vor dem düsteren Szenario des britischen Historikers Timothy Garton Ash, der schrieb: „In unserer zunehmend durchmischten, multikulturellen Welt existieren so viele Gruppen, die so viele verschiedene Dinge so besonders wichtig nehmen. Man vereinige alle ihre Tabus und man erhält eine gewaltige Herde heiliger Kühe. Nun lasse man den verschreckten Kindermädchenstaat all diese Tabus in neue Gesetze oder bürokratische Verbote einschließen, und heraus kommt ein drastischer Verlust an Freiheit.“ **Andreas Felsenberg**

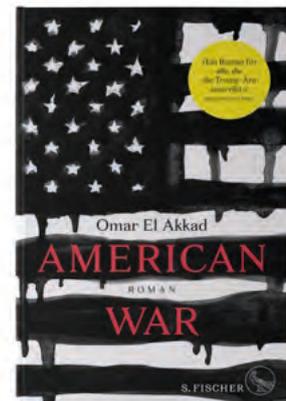


Ingo von Münch
„Meinungsfreiheit gegen
Political Correctness“,
Duncker & Humblot,
1165 Seiten, 19,90 Euro

BÜCHER

Apocalypse tomorrow

Spätestens mit der Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten Ende 2016 ist klar: Die viel beschworene Einigkeit der USA ist immer mehr Chimäre denn politische Realität. Das Land ist in sich zerrissen. Schwarz gegen Weiß. Arm gegen Reich. Industrieproletariat gegen New-Economy-Freelancer. Nord gegen Süd. Und Ostküste gegen Westküste. In seinem bemerkenswerten Romandebüt „American War“ beschreibt der Journalist Omar El Akkad, wohin die einst führende Nation der Welt noch treiben könnte. Sicher: alles nur Fiktion. Aber in Teilen doch beeindruckend und furchteinflößend real. Die Szenerie spielt Ende des 21. Jahrhunderts. Zwischen den Nord- und den Südstaaten der USA tobt ein neuer amerikanischer Bürgerkrieg. Auslöser für den Bruderkrieg sind Öl und die dramatischen Folgen des Klimawandels durch das Verbrennen fossiler Energien. Am Schicksal der Familie Chesnut schildert El Akkad, wie Einzelne und mit ihnen das gesamte Land immer tiefer versinken im Strudel von Gewalt, Gegengewalt und Apokalypse. Nicht ohne Grund vergleichen Kritiker das Buch ob seiner literarischen Kraft schon jetzt mit Cormac McCarthys „Die Straße“ und Philip Roths „Verschwörung gegen Amerika“. **Florian Flicke**



Omar El Akkad
„American War“,
S. Fischer,
448 Seiten, 24,00 Euro

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

01. 2018
www.freiheit.org

„Elementare Menschenrechte sind eine unabdingbare Voraussetzung der Freiheit für alle.“

RALF DAHRENDORF

Mit Beiträgen von: Joachim Gauck, Franziska Meifort, Armin Nassehi, Marco Buschmann, Karl-Heinz Paqué, Wolfgang Gerhardt

liberal

DAS MAGAZIN FÜR DIE FREIHEIT

liberal bittet Freigeister um ihre Meinung.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



„*liberal* bekennt sich zu Freiheit, Fairness und Fortschritt.“

WOLFGANG GERHARDT
Herausgeber *liberal*



„Dass leidenschaftliche Debatten die Grundlage des Liberalismus sind, verkörperte kein zweiter so sehr wie Ralf Dahrendorf.“

KIRSTIN HÄRTIG
Chefredakteurin

Erscheint 4x im Jahr – auch als kostenfreie APP

Kostenfrei abonnieren



BESTELLUNG AN: Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit • **liberal-Aboservice** Postfach 11 64 • 53729 Sankt Augustin per Fax: 030/69 0881 02 | per E-Mail: service@freiheit.org

Online-Bestellung: <https://shop.freiheit.org/#Liberal/> oder QR-Code scannen

Ich hätte gerne ein **Gratis-Abo** (inkl. Porto und Versand)

Ich bin damit einverstanden, dass die Daten elektronisch gespeichert werden, um von der *Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit* auf weitere Aktivitäten aufmerksam gemacht und über ihre Arbeit informiert zu werden. Wenn diese Mitteilungen nicht mehr gewünscht sind, wird die Stiftung dies nach entsprechender Mitteilung beachten (§28, Abs. 4 BDSG)

Vorname Name _____

Straße Nr. _____

PLZ Ort _____

Telefon _____

E-Mail _____

Wir sind vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf.

Die Menschen in unserem Land können viel mehr, als sie manchmal glauben. Das wird besonders deutlich, wenn sich viele zusammentun, um für eine Sache einzustehen. Dann stehen die Chancen gleich viel besser. Mindestens doppelt, manchmal sogar 82 Millionen Mal so gut. Deshalb gehen wir auch nicht zu weit, wenn wir behaupten: Kein Schritt ist zu groß, wenn ihn alle **gemeinsam** gehen. Mit dem Mut, Neues zu wagen, und dem Willen, Großes zu leisten, läuft einfach alles. Das erleben wir Tag für Tag als Sparkassen-Gruppe, die für über 50 Millionen Kunden da ist. Und da und da: Überall im Land packen wir gern mit an. So stehen wir mehr als drei Millionen **Mittelständlern** zur Seite. Und helfen ihnen dabei, nicht nur so mittel, sondern spitze zu sein. Und weil selbst der einen Partner braucht, der sein eigenes Ding machen will, begleiten wir jährlich gut 10.000 **Existenzgründer** in die Zukunft. Auf die **Zukunft** ist auch die Wirtschaft in unseren **Regionen** vorbereitet, weshalb der Wirtschaftsmotor auch morgen und übermorgen brummen wird. Dafür engagieren wir uns in den hintersten und vordersten Winkeln des Landes, die wir wie kein Zweiter kennen. Schließlich arbeiten und leben wir dort selbst. Und weil unser Leben nicht nur Arbeit, Arbeit, Arbeit, sondern auch Freude, Glück und Füreinander-da-Sein bedeutet, unterstützen wir mit über 700 regionalen **Stiftungen** Kunst, Kultur und Soziales. Auch da, wo längst nicht alle hinschauen und andere sich lange verabschiedet haben. Für uns hingegen gab es nie einen Grund, klein beizugeben. Sondern groß! Dafür sorgen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich mit Leidenschaft für die Gemeinschaft einsetzen. Und mit mehr als **450 Millionen Euro** pro Jahr setzen wir da gern noch einen drauf. All das tun wir nicht, weil es sich gut im Geschäftsbericht macht. Wir tun es aus Überzeugung. Seit unserer Gründung vor über 200 Jahren bestärken wir alle Menschen, als Teil einer starken Gemeinschaft über sich hinauszuwachsen. Denn viel wichtiger als Rekordüberschüsse sind uns Gemeinschaftsrekorde. Mit uns als Förderer verwandeln zehntausende **Vereine** große Ziele nicht selten in noch größere Pokale. Was uns all das bringt? Nach vorn! Denn nur gemeinsam sind wir allem gewachsen und damit auch den kleinen und großen Herausforderungen, die Digitalisierung und Globalisierung mit sich bringen. Uns allen wird alles glücken, wenn jeder mitmacht. Warum nicht auch Sie? Erleben Sie, dass Gemeinschaftssinn nicht nur sinnvoll ist, sondern auch glücklich macht – vor Ort, Stadt, Kiez und Dorf. Und vor dem Bildschirm:
www.allemgewachsen.de

Gemeinsam #AllemGewachsen

TEAM



Top Partner

